

Finanzen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (kumuliert)

Start

Herzlich willkommen bei der Online-Erhebung über die Finanzen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

- Beim vorliegenden Fragebogen handelt es sich um einen Auszug aus der Jahresabschlussstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Allerdings werden in der vierteljährlichen Erhebung nur ausgewählte Positionen des Jahresabschlusses erfasst.
- **Auszuweisen sind kumulierte Ergebnisse**, d.h. die auflaufenden Werte für den Zeitraum 01.01.2020 bis Ende 1. Quartal 2020.
- Stichtag ist der letzte Tag des Quartals.
- Abweichende Quartale werden dem Quartal zugerechnet, in dem sie enden.
- Auch wenn das Geschäftsjahr/Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweicht, ist der kumulierte Zeitraum ab 01.01.2020 auszuweisen.

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Hier finden Sie [📄rechtliche Hinweise](#) für öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in privater Rechtsform.

Hier finden Sie [📄rechtliche Hinweise](#) für öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in öffentlicher Rechtsform.

Hier finden Sie [📄rechtliche Hinweise](#) für öffentliche Einrichtungen der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in privater Rechtsform.

Hier finden Sie [📄rechtliche Hinweise](#) für öffentliche Einrichtungen der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in öffentlicher Rechtsform.

Hier finden Sie eine Zusammenfassung aller [📄Erläuterungstexte](#) des Onlineformulars.

[📄Was ist neu](#) enthält eine Kurzübersicht zu den Anpassungen im aktuellen IDEV-Formular.

Haben Sie Rückfragen?

Frau/Herr

Telefon:

E-Mail:

Die Meldung erfolgt für Berichtsstellen-Nr.:

(bei Rückfragen bitte angeben)

Berichtsstelle

(Falls Anschrift oder Firmierung nicht mehr zutreffen, bitte korrigieren.)

Name

Straße und Haus-Nr.

Postleitzahl

Ort

A Ausgewählte Erträge und Aufwendungen

Kumuliertes Ergebnis bis einschließlich 1. Quartal 2020		Code	Volle Euro
Erträge			
	Umsatzerlöse Info	0401	
	darunter: Umsätze mit dem öffentlichen Gesamthaushalt Info	0400	
	Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		
	Erhöhung (+)	0410	
	Verminderung (-)	0411	
	Sonstige betriebliche Erträge Info	0415	
	Erträge aus Beteiligungen Info	0440	
	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens Info	0441	
	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge Info	0442	
	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0465	
	Erträge aus Verlustübernahme	0485	
Aufwendungen			
	Löhne und Gehälter Info	0426	
	darunter: Beamtenbezüge Info	4261	
	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung Info	0427	
	darunter: für Altersversorgung	0428	
	Materialaufwand Info	0424	
	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0431	
	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0432	
	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0445	
	Sonstige betriebliche Aufwendungen Info	0435	
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen Info	0450	
	darunter: Zinsen an den öffentlichen Gesamthaushalt Info	0451	
	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0466	
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag Info	0480	
	Sonstige Steuern Info	0481	
	Abgeführte Gewinne aufgrund von Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0486	

Allgemeine Hinweise zum Ausfüllen der Angaben über Erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse

Methodische Hinweise:

Hier sind nur die Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Gesamthaushalt (Kernhaushalte Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Sozialversicherungsträger und deren Extrahaushalte) sowie von sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen anzugeben. Diese umfassen zusammen den öffentlichen Bereich.

Nicht einzubeziehen sind EU-Zuschüsse (auch wenn sie vom Bund oder den Ländern ausgezahlt wurden), Zuschüsse von anderen Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs, Zinszuschüsse vom öffentlichen Gesamthaushalt, Subventionen sowie die Aufhebung/ Übernahme von Schulden durch den öffentlichen Bereich im Falle der Auflösung oder Privatisierung einer Gesellschaft.

Als Zuschussgeber ist die Ebene einzutragen, die den Zuschuss zuletzt ausgezahlt oder weitergeleitet hat. Der ursprüngliche Zuschussgeber ist nicht zu berücksichtigen.

Extrahaushalte:

Die Liste der Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010) zum Sektor Staat gehören, ist im Internet veröffentlicht unter

🔗 [Extrahaushalte](#) (unterhalb des Gliederungspunkt "Methodenpapiere").

Sonstige öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen:

Die Liste der Unternehmen, die nach dem ESVG 2010 nicht zum Sektor Staat gehören, an denen die Kernhaushalte aber mit mehr als 50% unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, ist im Internet veröffentlicht unter:

🔗 [Sonstige FEU](#) (unterhalb des Gliederungspunkt "Methodenpapiere").

Zuweisungen und Zuschüsse

B Erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse

Ausfüllhinweis:

In diesem Abschnitt sind alle Felder zu befüllen. Bitte tragen Sie "0" ein, wenn Sie von der jeweiligen Ebene keine Zuweisungen/Zuschüsse erhalten haben.

Kumuliertes Ergebnis bis einschließlich 1. Quartal 2020	Code	Volle Euro
Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich Info		
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen Info		
vom Bund	4081	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4181	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4281	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4381	
vom Land/von Ländern	4082	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4182	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4282	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4382	
von Gemeinden/Gemeindeverbänden	4083	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4183	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4283	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4383	
von den Sozialversicherungsträgern	4084	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4184	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4284	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4384	

von Extrahaushalten des Bundes	4085	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4185	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4285	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4385	
von Extrahaushalten des Landes/der Länder	4086	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4186	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4286	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4386	
von Extrahaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände	4087	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4187	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4287	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4387	
von Extrahaushalten der Sozialversicherungsträger	4088	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4188	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4288	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4388	
von sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	4089	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4189	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4289	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4389	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen zusammen (wird automatisch ermittelt) Info	4080	
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke Info		
vom Bund	4091	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4191	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4291	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4391	
vom Land/von Ländern	4092	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4192	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4292	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4392	
von Gemeinden/Gemeindeverbänden	4093	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4193	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4293	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4393	
von den Sozialversicherungsträgern	4094	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4194	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4294	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4394	
von Extrahaushalten des Bundes	4095	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4195	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4295	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4395	
von Extrahaushalten des Landes/der Länder	4096	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4196	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4296	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4396	

von Extrahaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände	4097	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4197	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4297	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4397	
von Extrahaushalten der Sozialversicherungsträger	4098	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4198	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4298	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4398	
von sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	4099	
davon: vereinnahmt als Umsatzerlöse	4199	
vereinnahmt als sonstige betriebliche Erträge	4299	
nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Info	4399	
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke zusammen (wird automatisch ermittelt) Info	4090	
Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich insgesamt (wird automatisch ermittelt) Info	4100	

Entwicklung des Anlagevermögens








C Entwicklung des Anlagevermögens

Keine Angaben möglich, weil einer der folgenden Gründe zutrifft:

- kleine Kapitalgesellschaft (§267 (1) HGB)
- kein Anlagevermögen oder gesamtes Anlagevermögen z.B. geleast ist
- Befreiung von Offenlegungspflicht (§ 264 (III) HGB)
- keine Aufstellungsverpflichtung nach Publizitätsgesetz Info

0125 ☐

Bitte weiter mit Abschnitt D "Schulden".

Kumuliertes Ergebnis bis einschließlich 1. Quartal 2020		Code	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Abschreibungen
			Zugang 02	Abgang 03	auf Abgang  Info 10
	Immaterielle Vermögensgegenstände	60			
Sachanlagen					
	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten (einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken)  Info	63			
	darunter: unbebaute Grundstücke	67			
	Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (einschließlich Fahrzeuge für den Personen - und Güterverkehr)  Info	82			
	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau  Info	85			
	Sachanlagen zusammen (wird automatisch ermittelt)  Info	87			
Finanzanlagen					
	Beteiligungen - Anteile an verbundenen Unternehmen - Beteiligungen - Wertpapiere des Anlagevermögens	90			
	Ausleihungen - an verbundene Unternehmen - an Unternehmen mit bestehendem Beteiligungsverhältnis - sonstige Ausleihungen	98			
	Finanzanlagen zusammen (wird automatisch ermittelt)  Info	97			
	Anlagevermögen insgesamt (wird automatisch ermittelt)  Info	99			

Allgemeine Hinweise zum Ausfüllen der Angaben über Schulden

Die Zuordnung der Kredite sowie der Kassenkredite nach Schuldarten erfolgt nach dem **Gläubigerprinzip**; maßgebend ist der in der Schuldurkunde bezeichnete Gläubiger bzw. bei Abtretungen der neue Gläubiger. Werden die Mittel vollständig aus dem Haushalt der Körperschaften finanziert, aber von Kreditinstituten nur ausgezahlt, sind diese abweichend vom Gläubigerprinzip den öffentlichen Körperschaften zuzuordnen.

Bei Unklarheiten bitten wir um Rückfrage beim Mittelgeber (Förderbank). Wird von den öffentlichen Haushalten nur die Zinsdifferenz zum Marktzins finanziert, erfolgt der Nachweis bei der auszahlenden Stelle. Bei allen Schulden, für die Wertpapiere (Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere) ausgegeben wurden, entfällt die Aufteilung nach Gläubigern.

Erfasst wird der Nennbetrag der Schulden ohne Abzug eines Disagios nach Schuldarten und ihren vertraglich festgelegten Laufzeiten (**Ursprungslaufzeiten**).

Tilgungsbeträge, die zwar fällig, aber bis zum Stichtag noch nicht zurückgezahlt bzw. einem internen Tilgungsfonds zugeführt wurden, dürfen von den Schuldbeträgen nicht abgesetzt werden. Tilgungsbeträge, die zugunsten der Gläubiger auf ein Sperr- oder Sonderkonto eines Kreditinstituts eingezahlt und damit dem Zugriff des Schuldners entzogen werden, sind dagegen vom Schuldbetrag abzusetzen.

Generell gilt das **Bruttoprinzip**: Eine Verrechnung bzw. Saldierung (auch mit dem Finanzvermögen) ist nicht zulässig.

Die Verbindlichkeiten in Fremdwährung sind zu dem Kurs in Euro umzurechnen, der für die Rückzahlung vereinbart bzw. der im Rahmen von Kurssicherungsgeschäften abgesichert wurde. Wenn keine Kurssicherungsvereinbarungen getroffen wurden, ist der jeweilige von der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Quartalsende im Börsenblatt (bzw. im Internet unter [www. ECB.int](http://www.ECB.int)) veröffentlichte Referenzkurs maßgeblich.

Nicht als Schulden nachzuweisen sind:

- Eigenbestände von Wertpapieren
- Innere Darlehen (Inanspruchnahme von Mitteln, die für einen anderen Zweck vorgesehen waren)
- Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z. B. Kautionen)
- Von Dritten erhaltene Beträge, für die keine Verpflichtung zur Rückzahlung entstanden ist.




Negative Werte sind nicht zulässig.

Maßgeblich für die Erfassung ist der Zeitpunkt des Mittelflusses und nicht die Mittelbereitstellung durch den Kreditmarkt (Vertragsabschluss, Emission).

Sonstige (übrige) Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden nicht erhoben.

Schulden

D Schulden

1. Quartal 2020 (Stand zum Quartalsende)		Code	Kassenkredite  Info Volle Euro	Code	Kredite  Info Volle Euro
Öffentlicher Bereich					
	beim Bund  Info	P1009		P3609	
	bei Ländern  Info	P1019		P3619	
	bei Gemeinden/Gemeindeverbänden  Info	P1029		P3629	
	bei Zweckverbänden und dergleichen  Info	P1039		P3639	
	bei der gesetzlichen Sozialversicherung  Info	P1049		P3649	
	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen  Info	P1059		P3659	
	bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen  Info	P1069		P3669	
Nicht-öffentlicher Bereich					
	bei Kreditinstituten  Info	P1129		P3679	
	beim sonstigen inländischen Bereich  Info	P1099		P3689	
	beim sonstigen ausländischen Bereich  Info	P1139		P3699	
Summe (wird automatisch ermittelt)		P1999		P3999	

Wertpapiersschulden  Info	Code	Stand zum Quartalsende Volle Euro
Summe	P2999	

Allgemeine Hinweise zum Ausfüllen der Angaben über Finanzielle Transaktionen

- Die Statistik über Finanzielle Transaktionen erfasst hauptsächlich Transaktionen in Finanzaktiva, im Fall von Weiteren Verbindlichkeiten auch Finanzpassiva. Aus Vereinfachungsgründen sollen jedoch Finanzielle Transaktionen in allen Finanzderivaten - unabhängig davon, ob sie als Aktiva oder Passiva geführt werden - erfasst werden.
- Die Konzepte der Statistik über Finanzielle Transaktionen (insbesondere hinsichtlich der Gliederung der Instrumente) sind in weiten Teilen identisch zu denen der Finanzvermögensstatistik. Dennoch handelt es sich bei der Statistik über Finanzielle Transaktionen **nicht um eine vierteljährliche Finanzvermögensstatistik**. Während die Finanzvermögensstatistik Bestände erfragt, werden bei der Statistik über Finanzielle Transaktionen (bis auf wenige Ausnahmen) Stromgrößen erfasst. Dies entspricht konzeptionell der Statistik nach § 3 FPStatG (Statistik der Ausgaben und Einnahmen), in der ebenfalls Finanzielle Transaktionen (Darlehensvergabe/ -rückflüsse und Beteiligungserwerbe/ -veräußerungen) erfasst werden. Die dort gemeldeten finanziellen Transaktionen sind im Rahmen der Statistik über Finanzielle Transaktionen grundsätzlich ebenfalls zu erfassen, bedarfsweise jedoch an die Instrumentengliederung dieser Statistik anzupassen. Dabei weichen Bestandsänderungen in der Regel vom Saldo der Transaktionen ab, weshalb die finanziellen Transaktionen nicht aus der Finanzvermögensstatistik abgeleitet werden können. Dies liegt insbesondere, aber nicht ausschließlich, an folgenden methodischen Unterschieden in der Erfassung:

Finanzielle Transaktionen	Finanzvermögensstatistik
Nicht-realisierte Wertveränderungen der Finanzaktiva (Umbewertungsgewinne / -verluste, Ab- / Zuschreibungen auf den Buchwert) werden nicht erfasst.	Je nach Instrument werden reine Wertveränderungen berücksichtigt.
Alle Vorschuss- und Verwahrkonten sind bei den Weiteren Forderungen und Verbindlichkeiten einzubeziehen soweit sie Gegenbuchungen der Statistik nach § 3 FPStatG (Statistik der Ausgaben und Einnahmen) betreffen.	Alle Vorschusskonten mit zahlungswirksamen Vorauszahlungen sind bei den Sonstigen Forderungen einzubeziehen. Weitere Verbindlichkeiten werden nicht dargestellt.

- Generell gilt das Bruttoprinzip: Eine Verrechnung beziehungsweise Saldierung der Zu- und Abnahme von Finanzaktiva ist nicht zulässig, es sei denn, dass in den Erläuterungen ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.
- Bei Merkmalen, **die als Stromgröße gemeldet werden**, sind bei der Bewertung der finanziellen Transaktionen die Transaktionswerte anzugeben. Der Transaktionswert ist der Wert in Euro, zu dem die Transaktion erfolgt ist. Nicht zu Transaktionswert zählen Gebühren, Provisionen oder andere Entgelte für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit der Transaktion erbracht werden und im Haushalt beziehungsweise der Gewinn- und Verlustrechnung als nicht-finanzielle Transaktionen (Einnahmen/Ausgaben beziehungsweise Erträge/Aufwendungen) bereits erfasst sind. Auch Steuern gehen nicht in den Transaktionswert ein.
- Bei Merkmalen, **für die Bestände gemeldet werden**, dürfen die Bestände nur auf echte Transaktionen zurückzuführen sein. Das heißt, Effekte, die (1) aufgrund von Wertberichtigungen (Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, Abschreibungen) entstehen oder (2) aus Umschlüsselungen/ Umklassifizierungen zwischen Gruppierungen / Kontenpositionen resultieren oder (3) sich aus der Umstrukturierung von staatlichen Einheiten (z.B. Fusion) ergeben, sind nicht zu berücksichtigen. Sind diese Effekte identifiziert, ist der Bestand des **Vorquartals** um diese Effekte zu korrigieren. Auf diese Weise entspricht die Differenz aus den gemeldeten Ständen des aktuellen und des (bereinigten) Vorquartals nur den echten Transaktionen des Berichtsquartals. Hintergrund ist, dass Abschreibungen und Wertberichtigungen einseitige Vornahmen und daher keine Transaktionen sind, im Gegensatz zu bspw. Schuldenerlassen.
- Beispiel: Aktuell bestehen in einem Bestands-Merkmal Forderungen von 70, im Vorquartal betrugen sie 100. Im Berichtsquartal wurden Forderungen i. H. v. 25 abgeschrieben. Außerdem erfolgte eine Fusion mit einer staatlichen Einheit, zu der eine Forderung in dem betrachteten Merkmal i. H. v. 40 bestand. Die transaktionslosen Effekte des Berichtsquartals betrugen also -25 (Abschreibung) $+ 40$ (Fusion) $= +15$. Der Vorquartalsbestand ist nun so zu melden, als ob die transaktionslosen Vorgänge zu jenem Stichtag bereits vorhanden gewesen wären: $100 + 15 = 115$. Somit betrugen die tatsächlichen Transaktionen im Berichtsquartal $70 - 115 = -45$. In dieser Höhe kam es also netto zu einem Forderungsabbau.
- Für Vermögensbestandteile in Treuhand gilt: Transaktionen in bzw. Bestandsveränderungen von Vermögensbestandteilen in Treuhand sind nicht vom Treuhänder, sondern nur von der Eigentümerin der betreffenden Finanzaktiva zu melden. So ist sichergestellt, dass es nicht zu einer Doppelmeldung durch Eigentümer und Treuhänder kommt. Ein Vermögensbestand in Treuhand liegt nur dann vor, wenn der Treuhänder nicht ohne Zustimmung der eigentlichen Eigentümerin über das Treuhandvermögen verfügen darf. Regelmäßig wird deshalb das Treuhandvermögen separat geführt und vermischt sich nicht mit dem Vermögen des Treuhänders. Um sich als Treuhandvermögen zu qualifizieren, dürfen insbesondere verwaltete oder durchzuleitende Geldmittel nicht die Liquiditätssituation des Treuhänders verbessern.
- Bestimmte **Vorschuss- und Verwahrkonten** sind bei den Weiteren Forderungen und Verbindlichkeiten zu berücksichtigen (bitte beachten Sie die Erläuterungen).

E Finanzielle Transaktionen

Kumuliertes Ergebnis bis einschließlich 1. Quartal 2020	Code	Volle Euro
Bargeld und Einlagen Info		
Bestand zum Quartalsende Info	T110	
Bestand zum Quartalsende des Vorquartals Info	T120	
Wertpapiere (ohne Anteilsrechte/Aktien, Investmentzertifikate und Finanzderivate) Info		
Erwerb Info	T230	
Veräußerung Info	T240	
Ausleihungen (inkl. Vergabe von liquiden Mitteln) und Kreditforderungen (einschl. Darlehen), ohne Cash-Pooling Info		
Vergabe von Ausleihungen/liquiden Mitteln und Krediten (inkl. Darlehen) sowie Erwerb von Kreditforderungen Info	T330	
gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene darunter: Info	T331	
gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen Info	T332	
Rückflüsse aus vergebenen Ausleihungen/liquiden Mitteln und Krediten (inkl. Darlehen) sowie der Veräußerung von Kreditforderungen Info	T340	
gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene darunter: Info	T341	
gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen Info	T342	
Cash-Pooling (u.a. Einheitskasse, Landeshauptkasse) Info		
Forderungsbestand zum Quartalsende Info	T410	
gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene darunter: Info	T411	
gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen Info	T412	
Forderungsbestand zum Quartalsende des Vorquartals Info	T420	
gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene darunter: Info	T421	
gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen Info	T422	
Anteilsrechte (Aktien und Beteiligungen) Info		
Erwerb Info	T530	
darunter: Anteilsrechte an Extrahaushalten Info	T533	
Veräußerung Info	T540	
darunter: Anteilsrechte an Extrahaushalten Info	T543	
Investmentzertifikate (Anteile an Geldmarkt- und Investmentfonds) Info		
Erwerb Info	T930	
Veräußerung Info	T940	
Finanzderivate Info		
Geleistete Zahlungen Info	T630	
Erhaltene Zahlungen Info	T640	

Weitere Forderungen (inkl. aus Lieferung und Leistung; bitte Erläuterungen beachten)		
Bestand zum Quartalsende	T710	<input type="text"/>
gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene darunter:	T711	<input type="text"/>
gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen 	T712	<input type="text"/>
Bestand zum Quartalsende des Vorquartals	T720	<input type="text"/>
gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene darunter:	T721	<input type="text"/>
gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen 	T722	<input type="text"/>
Weitere Verbindlichkeiten (inkl. aus Lieferung und Leistung; bitte Erläuterungen beachten)		
Bestand zum Quartalsende	T810	<input type="text"/>
gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene darunter:	T811	<input type="text"/>
gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen 	T812	<input type="text"/>
Bestand zum Quartalsende des Vorquartals	T820	<input type="text"/>
gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene darunter:	T821	<input type="text"/>
gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen 	T822	<input type="text"/>

Abschluss

Fehlanzeige

Wenn Sie keine Angaben tätigen können, markieren Sie bitte hier Fehlanzeige. Geben Sie in diesem Fall bitte im Bemerkungsfeld eine Begründung an.

☐

Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen unsererseits können Sie hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinweisen, die Einfluss auf Ihre Angaben haben.
(maximal 1000 Zeichen)

Für eine spätere Aktualisierung der Daten sollten Sie vor dem Versand eine **lokale** Sicherung durchführen.

Übermitteln Sie Ihre Daten über die Schaltfläche **Senden** an das statistische Amt.

Nach fehlerfreiem Empfang wird automatisch eine Quittung erzeugt, die Sie auf Ihrem PC archivieren können.

Erläuterungstexte zum Onlineformular:

Finanzen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (kumuliert)

Code	Erläuterungstext
Allgemein	Beim vorliegenden Fragebogen handelt es sich um einen Auszug aus der Jahresabschlusstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Allerdings werden in der vierteljährlichen Erhebung nur ausgewählte Positionen des Jahresabschlusses erfasst. Auszuweisen sind kumulierte Ergebnisse , d.h. die auflaufenden Werte für den Zeitraum 01.01. eines Jahres bis Ende des zu meldenden Quartals. Stichtag ist der letzte Tag des Quartals. Abweichende Quartale werden dem Quartal zugerechnet, in dem sie enden. Auch wenn das Geschäftsjahr/Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweicht, ist der kumulierte Zeitraum ab dem 01.01. eines Jahres auszuweisen.
Abschnitt A: Ausgewählte Erträge und Aufwendungen	
0401	Umsatzerlöse Die Umsatzerlöse – einschließlich Auflösung der passivierten Ertragszuschüsse – umfassen alle Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen. Umsatzerlöse sind um gewährte Preisnachlässe (Skonti, Umsatzvergütungen, Mengenrabatte usw.) und die Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern zu kürzen. Gehören zu den Umsatzerlösen auch Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich, sind diese zusätzlich im Abschnitt B „Erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse“ anzugeben und nach ihrer Art und den Zuschussgebern aufzuschlüsseln. Bei Abschluss nach Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung sind hier auch die Umlagen bzw. Verbandsbeiträge auszuweisen. Bei Abschluss gemäß Krankenhaus-Buchführungsverordnung: KGr. 40 - 45, 57, 58, KUGr. 591, bei Abschluss gemäß Pflege-Buchführungsverordnung: KGr. 40 - 43, 55, KUGr. 416, 417, 4191, 426, 427, 436, 437, 464, 480 - 485, 488.
0400	Umsatzerlöse – darunter: Umsätze mit dem öffentlichen Gesamthaushalt Zum öffentlichen Gesamthaushalt (Sektor Staat) zählen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungsträger (gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung, die Alterssicherung für Landwirte und die Bundesagentur für Arbeit) sowie deren Extrahaushalte. Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html
0415	Sonstige betriebliche Erträge Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen unter anderem Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen sowie Auflösung von Rückstellungen, Erträge aus der Währungsumrechnung und Gewinne bei Umwandlungsvorgängen. Steuererstattungen sind bei „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ (Code 0480) und/oder bei „Sonstigen Steuern“ (Code 0481) einzubeziehen. Gehören zu den sonstigen betrieblichen Erträgen auch Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich, sind diese zusätzlich im Abschnitt B „Erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse“ anzugeben und nach ihrer Art und den Zuschussgebern aufzuschlüsseln.
0440	Erträge aus Beteiligungen Zu den Erträgen aus Beteiligungen gehören alle Erträge aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, unter anderem Dividenden, Gewinnanteile und sonstige ausgeschüttete Gewinne. Buchgewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen sind nicht hier, sondern unter den „sonstigen betrieblichen Erträgen“ (Code 0415) zu erfassen. Erträge aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages sind unter dem gleichnamigen Posten (Code 0465) auszuweisen.
0441	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens umfassen alle Erträge aus Finanzanlagen, soweit nicht unter „Erträge aus Beteiligungen“ (Code 0440) oder „Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- der Teilgewinnabführungsverträgen“ (Code 0465) erfasst. Dazu zählen v.A. Zinsen, Dividenden u.Ä., Ausschüttungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens, Zinserträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zuschreibungen zu Ausleihungen oder Wertpapieren des Finanzanlagevermögens. Buchgewinne aus der Veräußerung von anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind nicht hier, sondern unter den „sonstigen betrieblichen Erträgen“ (Code 0415) zu erfassen. Erträge aus Wertpapieren des Umlaufvermögens sind nicht hier, sondern unter „sonstige Zinsen und ähnliche Erträge“ (Code 0442) zu erfassen.

Code	Erläuterungstext
0442	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge umfassen Zinsen und ähnliche Erträge, die im Zusammenhang mit den Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens entstehen, z. B. Zinsen und Dividenden aus Wertpapieren des Umlaufvermögens, Zinsen aus Bankguthaben, Verzugszinsen, Erträge aus der Abzinsung (insbesondere von Rückstellungen) sowie Kreditprovisionen.
0426	Löhne und Gehälter Löhne und Gehälter sind einschließlich aktivierter Beträge sowie aller sonstigen Vergütungen brutto auszuweisen, ebenso auch Nachzahlungen für Vorjahre. Zu den Löhnen und Gehältern zählen auch Deputate, Nebenbezüge, Aufwands- und Trennungsschädigungen, Gratifikationen, Vorstandstantiemen, Hausstands- und Kinderzulagen, Löhne für Feiertage und Urlaub, Weihnachtsgelder, Krankengeldzuschüsse aufgrund des Entgeltfortzahlungsgesetzes, Zahlungen nach dem Vermögensbildungsgesetz, Wohnungsentschädigungen und Überstundenentgelte.
4261	Löhne und Gehälter – darunter: Beamtenbezüge Bezügezahlungen für zugewiesene Beamte sind hier nur anzugeben, wenn sie direkt an die Beamten ausgezahlt werden. Nicht auszuweisen sind entsprechende Zahlungen an die zuweisenden Stellen. Unter Beamtenbezüge fallen Grundgehalt, Familienzuschlag, Amts- und Stellenzulagen, Vergütungen, Auslandsbezüge, Leistungsstufen und Leistungsprämien, Abfindungen und Übergangsgelder, Anwärterbezüge.
0427	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung Die Sozialen Abgaben umfassen auch aktivierte Beträge, jedoch lediglich die gesetzlichen Pflichtabgaben, soweit sie vom Unternehmen getragen werden. Hierunter fallen die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung einschließlich Berufsgenossenschaft. Die Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (einschließlich aktivierter Beträge) betreffen ausschließlich tätige und nicht mehr tätige Betriebsangehörige (einschließlich Vorstandsmitglieder) und deren Hinterbliebene. Die Aufwendungen für Altersversorgung umfassen sämtliche Zuführungen zur Pensionsrückstellung, Pensions- und Deputatleistungen, Zuweisungen an rechtlich selbständige Versorgungseinrichtungen sowie andere von Unternehmen unternommene Aufwendungen für die Altersversorgung. Die Aufwendungen für die Altersversorgung sind zusätzlich bei der Position „darunter: für Altersversorgung“ (Code 0428) anzugeben.
0424	Materialaufwand Zum Materialaufwand gehört der gesamte Materialverbrauch, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, auch der Materialverbrauch im Verwaltungs- und Vertriebsbereich, Aufwendungen für aktivierte Eigenleistungen, Aufwendungen für Waren, wenn sie verkauft werden. Aufwendungen für bezogene Leistungen sind z. B. Aufwendungen für Strom und andere Energielieferungen, Kosten für Fremdreparaturen ohne Fremdleistungen für Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Aufwendungen aus Untervermietung oder Verpachtung.
0435	Sonstige betriebliche Aufwendungen Unter sonstige betriebliche Aufwendungen sind alle Aufwendungen zu erfassen, die nicht in anderen Aufwandspositionen nachgewiesen wurden. Zu erfassen sind z. B. Aufwendungen für Leiharbeitnehmer, Aufwendungen für Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Kosten für Porti, Telefon, Raumkosten, öffentliche Abgaben, Müllabfuhrgebühren, Verwaltungskostenbeiträge an die Gemeinde, Umsatzprovisionen, Bürobedarf, Leasing sowie Abschreibungen auf Forderungen des Umlaufvermögens, soweit diese den üblichen Rahmen nicht überschreiten, Aufwendungen (Verlust) aus Anlagenverkäufen.
0450	Zinsen und ähnliche Aufwendungen Zinsen und ähnliche Aufwendungen umfassen Hypotheken- und Darlehenszinsen (auch an die eigene Gemeinde), Zinsen für Bankkredite, Wechseldiskonte, Kontokorrentzinsen, Verzugszinsen, Zinsanteil der Zuführung zu Pensions- und sonstigen Rückstellungen, Kredit-, Überziehungs-, Bereitstellungs-, Bürgschafts- sowie Avalprovisionen und andere mehr.
0451	Zinsen und ähnliche Aufwendungen – darunter: Zinsen an den öffentlichen Gesamthaushalt Unter Zinsen an den öffentlichen Gesamthaushalt sind z. B. Zinszahlungen an die eigene Gemeinde (auch Einheitskasse) auszuweisen. Zum öffentlichen Gesamthaushalt (Sektor Staat) zählen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungsträger (gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung, die Alterssicherung für Landwirte und die Bundesagentur für Arbeit) sowie deren Extrahaushalte. Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html Nicht auszuweisen sind: Zinszahlungen an öffentlich bestimmte Kreditinstitute (z. B. Landesbanken, KfW, Investitions- /Struktur- /Förderbanken der Länder), da sie nicht zum öffentlichen Gesamthaushalt gehören.

Code	Erläuterungstext
0480	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag Unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ist der Aufwand an Körperschaftsteuer, Gewerbeertragsteuer, Kapitalertragsteuer einschließlich Voraus-, Nachzahlungen und Erstattungen für andere Jahre sowie Zuführungen zu Steuerrückstellungen zu erfassen. Aufwendungen und Erträge aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern sind hier ebenfalls einzubeziehen. Übersteigen die Steuererstattungen den Steueraufwand, so ist der Ertrag in diesem Aufwandsposten negativ auszuweisen.
0481	Sonstige Steuern Bei den sonstigen Steuern sind ebenfalls Voraus- und Nachzahlungen (auch Umsatzsteuernachzahlungen), Erstattungen sowie Zuführungen zu den entsprechenden Steuerrückstellungen einzubeziehen. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) des laufenden Jahres ist auch hier nicht auszuweisen. Übersteigen die Steuererstattungen den Steueraufwand, so ist der Ertrag in diesem Aufwandsposten negativ auszuweisen.
Abschnitt B: Erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse	
Allgemein	Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich Hier sind nur die Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich anzugeben. Der öffentliche Bereich umfasst: <ul style="list-style-type: none"> - die Kernhaushalte: Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Sozialversicherungsträger (gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung, die Altersversicherung für Landwirte und die Bundesagentur für Arbeit), - deren Extrahaushalte, - sonstige öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, an denen die öffentlichen Kernhaushalte mit mehr als 50 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, die aber nicht zu den Extrahaushalten gehören.) Die Liste der Extrahaushalte und der sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html
4081 bis 4080	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen vom öffentlichen Bereich Hier sind alle erhaltenen investiven Zuweisungen und Zuschüsse anzugeben und nach den Zuschussgebern des öffentlichen Bereichs und ihrer Verbuchungsart aufzugliedern. Nicht einzubeziehen sind EU-Zuschüsse (auch wenn sie vom Bund oder den Ländern ausgezahlt wurden), Zuschüsse von anderen Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs, Zinszuschüsse vom öffentlichen Gesamthaushalt sowie die Auflösungsbeträge der passiven Sonderposten („Sonderposten für Investitionszuschüsse / Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens“, „Empfangene Ertragszuschüsse“). Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen umfassen nicht nur einmalige Zahlungen für die Finanzierung von Investitionen, sondern auch zeitlich gestaffelte Zahlungen, die sich auf Anlageinvestitionen beziehen, die im Laufe früherer Perioden durchgeführt wurden. Neben den erfolgswirksam verbuchten Investitionszuschüssen sind hier auch die erfolgsneutralen investiven Zuweisungen und Zuschüsse anzugeben, die als Minderung der Anschaffungs- und Herstellungskosten des bezuschussten Anlagevermögens oder als Zugang bei den passiven Sonderposten „Sonderposten für Investitionszuschüsse / Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens“ und „Empfangene Ertragszuschüsse“ (nur investiver Teil) verbucht wurden oder Zuwendungen, deren ertragswirksame Auflösung ausgeschlossen ist.
4381 bis 4389	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen – davon: nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Zu den erfolgsneutral verbuchten investiven Zuweisungen und Zuschüssen gehören: <ul style="list-style-type: none"> - Zugänge bei den passiven Sonderposten „Sonderposten für Investitionszuschüsse/Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens“ und „Empfangene Ertragszuschüsse“ (nur investiver Teil), - Zuweisungen und Zuschüsse, die als Anschaffungskostenminderung oder Herstellungskostenminderung berücksichtigt wurden, - Investive Zuwendungen, deren ertragswirksame Auflösung durch den Zuwendungsgeber ausgeschlossen wurden. Diese Zuwendungen werden i. d. R. als zweckgebundene Rücklage, Sonderrücklage, Kapitalrücklage ausgewiesen.

Code	Erläuterungstext
4080	Berechnung Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen vom öffentlichen Bereich zusammen vom Bund (4081) + vom Land/von Ländern (4082) + von Gemeinden/Gemeindeverbänden (4083) + von den Sozialversicherungsträgern (4084) + von Extrahaushalten des Bundes (4085) + von Extrahaushalten des Landes/der Länder (4086) + von Extrahaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände (4087) + von Extrahaushalten der Sozialversicherungsträger (4088) + von sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (4089) = Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen vom öffentlichen Bereich zusammen (4080)
4091 bis 4090	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich Hier sind alle erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke anzugeben und nach den Zuschussgebern des öffentlichen Bereichs und ihrer Verbuchungsart aufzugliedern. Hierzu zählen z.B. Zuweisungen und Zuschüsse für Projektförderung, Personalkostenzuschüsse, Betriebskostenzuschüsse, Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen für die Beförderung von Schülern/Auszubildenden/Schwerbehinderten, Zuschüsse für laufende Zwecke an Eigen- und Landesbetriebe, Umlagen an Zweckverbände. Zahlungen zur Deckung von angesammelten Verlusten aus mehreren Geschäftsjahren oder zur Deckung erwarteter zukünftiger Verluste oder wiederholter Verluste sind hier nur anzugeben, wenn sie Bestandteil des GuV-Postens „sonstige betriebliche Erträge“ (Code 0415) sind oder erfolgsneutral in die Rücklagen fließen. Nicht dazu gehören Zinszuschüsse vom öffentlichen Gesamthaushalt, EU-Zuschüsse (auch wenn sie vom Bund oder den Ländern ausbezahlt wurden), Subventionen, die Aufhebung und Übernahme von Schulden durch den öffentlichen Bereich im Fall der Auflösung oder Privatisierung einer Gesellschaft sowie Auflösungsbeträge vom passiven Sonderposten „Empfangene Ertragszuschüsse“.
4391 bis 4399	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke – davon: nicht Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung (erfolgsneutral) Erfolgsneutral verbuchte Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sind z. B. Zugänge beim Passivposten „empfangene Ertragszuschüsse“ (ohne investive Anteile) der Eigenbetriebe und Zweckverbände sowie Defizitausgleiche, die in Rücklagen fließen.
4090	Berechnung Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich zusammen vom Bund (4091) + vom Land/von Ländern (4092) + von Gemeinden/Gemeindeverbänden (4093) + von den Sozialversicherungsträgern (4094) + von Extrahaushalten des Bundes (4095) + von Extrahaushalten des Landes/der Länder (4096) + von Extrahaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände (4097) + von Extrahaushalten der Sozialversicherungsträger (4098) + von sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (4099) = Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich zusammen (4090)
4100	Berechnung Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich insgesamt Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen zusammen (4080) + Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke zusammen (4090) = Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich insgesamt (4100)
Abschnitt C: Entwicklung des Anlagevermögens	
0125	Der Anlagenachweis entfällt, da keine Aufstellungsverpflichtung nach Publizitätsgesetz Betroffen sind Unternehmen, die nicht zum Geltungsbereich des Publizitätsgesetzes gehören (§ 3 PublG) oder die Mindestgrößen für die Rechnungslegungsverpflichtung nach § 1 PublG nicht erfüllen.
(x)10 x = 60 bis 99	Abschreibungen auf Abgänge Es sind nur die Abschreibungen der abgehenden Vermögensgegenstände (Spalte 03) anzugeben. Für diese sind die aufgelaufenen Abschreibungen der Vorjahre und die des aktuellen Geschäftsjahres (in Spalte 10) zusammenzufassen.

Code	Erläuterungstext
63(x) x = 02, 03, 10	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten Hier sind auch die Bauten auf fremden Grundstücken auszuweisen. Bei Verkehrsbetrieben zählen hierzu auch Grundstücke usw. mit Bahnkörpern usw., Kaianlagen usw., Rollbahnen und andere sowie außer den genannten Anlagen und Bodenbefestigungen auch Brücken- und andere Kunstbauten. Einrichtungen und Ausstattungen von betriebsfremden Anlagen, Lehrküchen, Versuchs- und Forschungsanlagen können – soweit solche Anlagen nicht zu den Grundstücken und Gebäuden gehören – bei „Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung“ (Code 82(x)) eingesetzt werden. Umbuchungen sind nicht einzubeziehen. Sofern im aktuellen Quartal kein Zugang erfolgte, muss bei der kumulierten Ergebnisdarstellung zwingend der Wert des Vorquartals fortgeschrieben werden.
82(x) x = 02, 03, 10	Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung Hierzu gehören auch die Anlagen der Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsbetriebe sowie die Fahrzeuge für den Personen- und Güterverkehr. Zu den anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören alle beweglichen Anlagen: Werkstätten- und Büroeinrichtungen, Kraftwagen, Installations- und Spezialfahrzeuge, Arbeitsgeräte, Mannschaftsausrüstungen, Hebezeuge, Baubuden, Modelle und Muster, Rettungseinrichtungen. Umbuchungen sind nicht einzubeziehen. Sofern im aktuellen Quartal kein Zugang erfolgte, muss bei der kumulierten Ergebnisdarstellung zwingend der Wert des Vorquartals fortgeschrieben werden.
85(x) X = 02, 03, 10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau Sind die geleisteten Anzahlungen abgeschlossen bzw. der Bau fertiggestellt, erfolgt eine Umbuchung der Anschaffungs- und Herstellungskosten zur konkreten Sachanlage. Dieser Umbuchungsvorgang kann in der vierteljährlichen Statistik nicht dargestellt werden, es handelt sich nur um einen Auszug des Anlagenachweises. Daher ist der Wert des Vorquartals zwingend fortzuschreiben. Die Umbuchungsbeträge sind auch nicht als „Zugang (Spalte 02)“ bei der fertiggestellten/erworbenen Sachanlage anzugeben. Die Eintragung würde sonst zu einer Verzerrung der Investitionstätigkeit führen.
87(x) x = 02, 03, 10	Berechnung Sachanlagen zusammen Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten (63(x)) + Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (82(x)) + Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (86(x)) = Sachanlagen zusammen (87(x))
97(x) x = 02, 03, 10	Berechnung Finanzanlagen zusammen Beteiligungen (90(x)) + Ausleihungen (98(x)) = Finanzanlagen zusammen (97(x))
99(x) x = 02, 03, 10	Berechnung Anlagevermögen insgesamt Immaterielle Vermögensgegenstände (60(x)) + Sachanlagen zusammen (87(x)) + Finanzanlagen zusammen (97(x)) = Anlagevermögen insgesamt (99(x))
Abschnitt D: Schulden	
P1009, P1019, P1029, P1039, P1049, P1059, P1069, P1129, P1099, P1139	Kassenkredite (Kredite zur Liquiditätssicherung) Unter Kassenkredite / Kassenverstärkungskredite werden die in der Regel kurzfristigen Verbindlichkeiten erfasst, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen verwendet werden. Sie dienen nicht der Ausgabendeckung (keine investiven Zwecke), sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung. Zur Vorfinanzierung von Vorhaben auf spätere langfristige Darlehen aufgenommene Zwischenkredite sind als Schulden bei den jeweiligen Kreditarten auszuweisen. Kontokorrentkredite sowie empfangene Barsicherheiten aus Derivatgeschäften (Cash Collaterals) sind hier einzubeziehen. Hierunter fallen auch alle erhaltenen Zahlungen „im Rahmen von Cash-Pooling“. Cash-Pooling (auch Liquiditätsverbund genannt) bezeichnet eine Konstellation, in der Einheiten im Rahmen eines gemeinsamen Finanzmanagements einander liquide Mittel zur Verfügung stellen oder auf diese zurückgreifen können. Dies geschieht insbesondere für folgende Zwecke: - Vermeidung von notwendigen Kreditaufnahmen, - Erzielung besserer Konditionen bei Geldanlagen, - Zahlungsabwicklung. Schuldscheindarlehen für Liquiditätszwecke sind hier einzutragen, dagegen Schuldscheindarlehen für Investitionszwecke unter den Krediten. Eine Saldierung mit positiven Kontoständen (Guthaben) ist nicht zulässig.

Code	Erläuterungstext
P36(x)9 x = 0 bis 9	<p>Kredite Kredite entstehen, wenn Gläubiger Mittel an Schuldner entweder direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers gewähren und die entweder in einem nicht begebaren (übertragbaren) Titel oder gar nicht verbrieft sind. Kredite weisen im Allgemeinen folgende Merkmale auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Bedingungen eines Kredits werden zwischen dem Kreditnehmer und dem Kreditgeber direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers ausgehandelt. - Ein Kredit ist eine unbedingte Verbindlichkeit gegenüber dem Gläubiger, die bei Fälligkeit zurückgezahlt werden muss. <p>Zu den Krediten zählen auch Schuldscheindarlehen für Investitionszwecke.</p> <p>Die Kredite (ohne Kassenkredite) sind in der Höhe der Restschuld nach Ursprungslaufzeiten anzugeben. Auch unverzinsliche Kredite sind hier zu erfassen.</p>
P1009, P3609	<p>Bund Kernhaushalt des Bundes. Sondervermögen des Bundes sind unter „Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“ (Code P1059 und/oder P3659) bzw. „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (Code P1069 und/oder P3669) zuzuordnen.</p>
P1019, P3619	<p>Länder Kernhaushalte der Länder einschließlich Stadtstaaten. Sondervermögen der Länder sind unter „Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“ (Code P1059 und/oder P3659) bzw. „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (Code P1069 und/oder P3669) zuzuordnen.</p>
P1029, P3629	<p>Gemeinden / Gemeindeverbände Gemeinden (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden), Gemeindeverbände (Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise), Bezirksverbände (Bezirke, Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände).</p>
P1039, P3639	<p>Zweckverbände und dergleichen Verbände und sonstige Organisationen in öffentlich- rechtlicher Form, die kommunale Aufgaben erfüllen und mindestens eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband zum Mitglied haben.</p> <p>Hierzu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zweckverbände nach den Zweckverbandsgesetzen, ausgenommen Sparkassenverbände, - Sondergesetzliche Verbände, z.B. Schulverbände gemäß den Schulgesetzen der Länder, - Nachbarschaftsverbände, - Wasserwirtschaftliche Verbände, Bodenverbände, - Regionalverbände, - Regionale Planungsverbände, - Planungsverbände nach dem Bundesbaugesetz, - Gemeindeverwaltungsverbände, - Wasserversorgungsverbände, - Abwasserbeseitigungsverbände, - Verwaltungsgemeinschaften in Bayern, - Grenzüberschreitende Zweckverbände mit Sitz in Deutschland, - Sonstige Verbände und Organisationen mit kommunaler Aufgabenerfüllung.
P1049, P3649	<p>Gesetzliche Sozialversicherung Träger der gesetzlichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krankenversicherung, - Pflegeversicherung, - Unfallversicherung, - Rentenversicherung, - Arbeitslosenversicherung (Bundesagentur für Arbeit) sowie die landwirtschaftliche Krankenkasse. <p>Kommunale Versorgungskassen und -verbände sowie Träger der öffentlichen Zusatzversorgung sind unter den „Sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen“ (Code P1069 und/oder P3669) zuzuordnen.</p>

Code	Erläuterungstext
P1059, P3659	<p>Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen Zahlungsbeziehungen mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen die eigene Berichtseinheit Mitglied, Träger oder unmittelbarer bzw. mittelbarer Anteilseigner ist und insgesamt mehr als 50 % der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzt.</p> <p>Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eigene Betriebe, - Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung, - Unternehmen in der Rechtsform des öffentlichen Rechts, - Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 % am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding) beteiligt ist. <p>Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind, - Juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 % am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding) beteiligt ist, - Juristische Personen des privaten Rechts in den Formen von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die eigene Körperschaft auf Grund der Satzung o. Ä. beherrschenden Einfluss ausübt. <p>Dazu zählen auch Versorgungsfonds / Versorgungsrücklagen.</p> <p>Nicht dazu zählen Sparkassen und Landesbanken, Einheiten, bei denen die Kommune 50 % oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzt sowie Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften).</p>
P1069, P3669	<p>Sonstige öffentliche Sonderrechnungen Zahlungsbeziehungen mit Sondervermögen des Bundes und der Länder, mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sondervermögen / -rechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen andere öffentliche Körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden / Gemeindeverbände) oder die Sozialversicherung Mitglied, Träger oder unmittelbare bzw. mittelbare Anteilseigner sind und diese insgesamt mehr als 50 % der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzen.</p> <p>Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Betriebe des Bundes und der Länder im Sinne des § 26 BHO / LHO, - Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung, - Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, - Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn Bund, Länder und Gemeinden / Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 % am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding) beteiligt sind. <p>Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind, - Juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn Bund, Länder, Gemeinden / Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 % am Nennkapital (Grund- und Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding) beteiligt sind, - Juristische Personen des privaten Rechts in der Form von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die öffentliche Hand auf Grund der Satzung o. Ä. beherrschenden Einfluss ausübt. <p>Dazu zählen auch kommunale Versorgungskassen und -verbände. Nicht dazu zählen Einheiten, bei denen öffentliche Körperschaften oder die Sozialversicherung 50 % oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzen sowie Sparkassen, Landesbanken, Wirtschafts- und Berufsvertretungen und Kirchen.</p>
P1129, P3679	<p>Kreditinstitute Kreditinstitute sind alle Institutionen im In- und Ausland, die finanzielle Mittlertätigkeiten ausüben und deren Geschäftstätigkeit darin besteht, Einlagen u. Ä. von juristischen und natürlichen Personen aufzunehmen, Kredite zu gewähren oder in Wertpapiere zu investieren.</p> <p>Zu den Kreditinstituten zählen insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sparkassen, Landesbanken, - Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), - Banken mit Sonderaufgaben (z. B. LfA Förderbank Bayern, NRW.BANK, Investitionsbank Schleswig-Holstein, Sächsische Aufbaubank – Förderbank –), - Geschäftsbanken, Universalbanken, - Genossenschaftsbanken, Kreditgenossenschaften, - Spezialbanken (z. B. Merchant Banks, Emissionshäuser, Privatbanken), - Bausparkassen. <p>Nicht zu den Kreditinstituten zählen Börsen, sowie sonstige Finanzintermediäre.</p> <p>Eine Liste aller Kreditinstitute finden Sie auf der Internetseite der Europäischen Zentralbank unter https://www.ecb.europa.eu/stats/money/mfi/general/html/daily_list-MID.en.html</p>

Code	Erläuterungstext
P1099, P3689	<p>Sonstiger inländischer Bereich Alle inländischen Unternehmen, die nicht öffentliche Unternehmen oder Kreditinstitute sind.</p> <p>Dazu zählen auch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, - Rechtsfähige Vereine, Stiftungen, - Nichtrechtsfähige Vereine, sonstige nichtrechtsfähige Personengemeinschaften. <p>Eigene Beteiligungen, Beteiligungen anderer Gebietskörperschaften und / oder Beteiligungen der Sozialversicherung, deren Anteile bzw. Stimmrechte 50 % oder weniger betragen, sind hier auch einzubeziehen.</p> <p>Natürliche und juristische Personen, die den bisher benannten Bereichen nicht zugeordnet wurden, insbesondere Organisationen ohne Erwerbscharakter (einschließlich deren Anstalten und Einrichtungen) in öffentlich-rechtlicher (Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts) oder privatrechtlicher (eingetragene Vereine, privatrechtliche Stiftungen, BGB-Gesellschaften) Rechtsform, soweit diese nicht als Unternehmen oder Teil eines Unternehmens zu betrachten sind.</p> <p>Hierzu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen, - Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege, - Organisationen in den Bereichen Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Sport- und Jugendpflege, - Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen, - Wirtschaftsverbände und öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen, - Gewerkschaften, - Politische Parteien.
P1139, P3699	<p>Sonstiger ausländischer Bereich Natürliche und juristische Personen des Auslandes, soweit sie nicht zu den Kreditinstituten zählen, sind unter anderem auch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Europäische Gemeinden, - Internationale Organisationen, Einrichtungen der Europäischen Union, - Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften).
P2999	<p>Wertpapiersschulden Hierzu zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Geldmarktpapiere, (kurzfristige Wertpapiere, deren ursprüngliche Laufzeit in der Regel bis zu einem Jahr beträgt) wie z. B.: <ul style="list-style-type: none"> o Unverzinsliche Schatzanweisungen, o Finanzierungsschätze. - Kapitalmarktpapiere (langfristige Wertpapiere, deren ursprüngliche Laufzeit in der Regel mehr als ein Jahr beträgt) wie z. B.: <ul style="list-style-type: none"> o Inhaberschuldverschreibungen, o Anleihen, o Obligationen, o Durch Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere, o Verbindlichkeiten, die im Rahmen der Verbriefung von Krediten, Hypotheken, Kreditverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und von sonstigen Verbindlichkeiten begeben werden.

Code	Erläuterungstext
Abschnitt E: Finanzielle Transaktionen	
T110, T120	<p>Bargeld und Einlagen</p> <p>Vorbemerkung: Es sind nur positive Einlagenbestände zu erfassen. Eine Saldierung mit negativen Kontoständen ist nicht zulässig. Negative Kontenbestände sind nicht hier, sondern im Rahmen der Schuldenstatistik auszuweisen.</p> <p><u>Bargeld</u></p> <p>Bargeld sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Euromünzen, Eurobanknoten, - Münzen und Banknoten in Fremdwährung. <p>Fundierte Schätzungen für die Bestände an Bargeld sind zulässig.</p> <p><u>Einlagen</u></p> <p>Um Einlagen handelt es sich nur, wenn der Schuldner ein Kreditinstitut ist (eine Liste aller Kreditinstitute finden Sie auf der Internetseite der Europäischen Zentralbank unter http://www.ecb.europa.eu/stats/financial_corporations/list_of_financial_institutions/html/daily_list-MID.en.html). Einlagen bei institutionellen Einheiten, die keine Kreditinstitute sind, sind unter „Ausleihungen (inkl. Vergabe von liquiden Mitteln) und Kreditforderungen (inkl. Darlehen)“ (Code T330 bis T342) auszuweisen. Zu den Einlagen zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - (Sicht-) Einlagen auf Konten bei Kreditinstituten (insbesondere Giro- und Tagesgeldkonten) und der Deutschen Bundesbank, - Ausleihungen (Kredite) an Kreditinstitute, - von Kreditinstituten gewährte Schuldscheindarlehen (Schuldscheindarlehen von Nicht-Kreditinstituten sind unter der Position „Ausleihungen (inkl. Vergabe von liquiden Mitteln) und Kreditforderungen (inkl. Darlehen)“ (Code T330 bis T342) auszuweisen), - Termineinlagen, Termingelder, - Spareinlagen, Sparbücher, nicht-marktfähige Sparbriefe oder nicht-marktfähige Einlagenzertifikate, - Einlagen, die auf besonderem Sparvertrag oder Ratensparvertrag beruhen, - von Bausparkassen, Kreditgenossenschaften und Ähnlichen ausgegebene (nicht-marktfähige) Einlagenpapiere, - kurzfristige Rückkaufvereinbarungen (z. B. Reverse Repos), bei denen es sich um Verbindlichkeiten von Kreditinstituten handelt, - (geleistete) rückzahlbare Einschusszahlungen im Zusammenhang mit derivativen Finanzinstrumenten (Barsicherheiten), bei denen es sich um Verbindlichkeiten von Kreditinstituten handelt und - bei Kreditinstituten gehaltene Einlagen von Liquiditätsverbünden (Cash-Pools/Einheitskassen/Amtskassen/Cash Concentration); diese meldet der Cash-Pool-Führer. <p>Nicht zu den Einlagen zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Forderungsbestände gegenüber Nicht-Kreditinstitutionen z. B. gegenüber den Führern oder Mitgliedern von Cash-Pools/Einheitskassen (z.B. Landeshauptkassen)/Amtskassen/Cash Concentration (diese sind unter der Position „Cash-Pooling (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse)“ (Code T410 bis T422) auszuweisen) und - marktfähige Einlagenzertifikate und marktfähige Sparbriefe (diese sind unter der Position „Wertpapiere (ohne Anteilsrechte, Investmentzertifikate und Finanzderivate)“ (Code T230 und/oder T240) auszuweisen).
T110, T120	<p>Bargeld und Einlagen – Bestände</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Bargeld und Einlagen zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Bestände auf mehreren Konten</u></p> <p>Bestände in Einlagen sind zunächst über jedes Konto gesondert zu errechnen. Bei der Berechnung des Gesamtbestands sind die Kontobestände zum jeweiligen Stichtag (Ende des zu meldenden Berichts- bzw. Vorquartals) entweder mit einem positiven Bestand oder mit null einzubeziehen. Negative Bestände eines Kontos bedeuten, dass eine Kreditlinie in Höhe des absoluten negativen Bestandes in Anspruch genommen wurde. Dies entspricht einer Kreditverbindlichkeit, die nicht im Rahmen dieser Statistik sondern in der Schuldenstatistik erhoben wird.</p> <p><u>Bestände in Fremdwährung</u></p> <p>Sofern Bestände auf Fremdwährungen lauten, sind sie zum Durchschnittswchselkurs für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals umzurechnen. Derselbe Durchschnittswchselkurs ist auch unverändert auf den Fremdwährungsbestand des vorherigen Berichtszeitraumes anzuwenden. Auf diese Weise werden Umbewertungen durch Wechselkursänderungen (näherungsweise) eliminiert. Monatliche Durchschnittswchselkurse können Sie auf der Internetseite der Deutschen Bundesbank (https://www.bundesbank.de/de/statistiken/wechselkurse/-/euro-referenzkurse-der-europaeischen-zentralbank-jahres-und-monatsdurchschnitte-649632) abrufen. Öffnen Sie dort die CSV-Datei für die entsprechende Währung. Indem Sie die Durchschnittswchselkurse des abgefragten Berichtszeitraumes addieren und durch dessen Anzahl teilen, errechnen Sie den erforderlichen Durchschnittswchselkurs für den abgefragten Berichtszeitraum.</p>

Code	Erläuterungstext
T230, T240	<p>Wertpapiere (ohne Anteilsrechte/Aktien, Investmentzertifikate und Finanzderivate)</p> <p>Transaktionen mit Wertpapieren (ohne Anteilsrechte, Investmentzertifikate und Finanzderivate) umfassen Erwerbe und Veräußerungen von Wertpapieren. Wertpapiere sind alle begebaren Finanzinstrumente, die als Schuldtitel dienen.</p> <p>Wertpapiere garantieren ihrem Inhaber ein festes oder vertraglich festgelegtes variables, regelmäßiges Geldeinkommen in Form von Kuponzahlungen (Zinsen) und/oder die Zahlung eines bestimmten Festbetrags (Nullkuponwertpapiere) sowie das Recht auf Rückzahlung des überlassenen Kapitalbetrags (Tilgung). Eine marktbedingte Nullverzinsung oder negative Rendite beeinträchtigen nicht die Klassifikation als Wertpapier.</p> <p>Zu den Wertpapieren zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unverzinsliche Schatzanweisungen, - Commercial Paper, - Inhaberschuldverschreibungen/Anleihen (einschließlich Nullkuponanleihen), - marktfähige Einlagenzertifikate und Sparbriefe, - in Aktien konvertierbare, jedoch noch nicht konvertierte Wandelschuldverschreibungen, - strukturierte Wertpapiere (Wertpapiere in Verbindung mit einem nicht separablen oder streng konnexen Derivat; Behandlung als ein Gesamtgeschäft) und - Forderungen, die im Rahmen der Verbriefung von Krediten, Hypotheken, Kreditkartenverbindlichkeiten, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und von Sonstigen Forderungen begeben werden. <p>Nicht zu den Wertpapieren zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schuldscheindarlehen (diese sind unter der Position „Bargeld und Einlagen“ (Code T110 und/oder T120) auszuweisen).
T230	<p>Wertpapiere – Erwerb</p> <p>Erfasst wird der Erwerb von Wertpapieren für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals zum jeweiligen Transaktionswert (exklusive Stückzinsen).</p> <p>Nicht zum Erwerb von Wertpapieren zählt der (vorzeitige) Rückkauf und/oder zum Emissionszeitpunkt die Übernahme eigener Schuldtitel (Eigenemissionen).</p>
T240	<p>Wertpapiere – Veräußerung</p> <p>Erfasst wird die Veräußerung von Wertpapieren für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals zum jeweiligen Transaktionswert (exklusive Stückzinsen).</p> <p>Hierunter sind ebenfalls Rückzahlungen des Kapitalbetrags zu erfassen (exklusive Zinszahlungen).</p> <p>Nicht zur Veräußerung von Wertpapieren zählt die Ausgabe (Emission) bzw. der Wiederverkauf eigener Schuldtitel (Eigenemissionen).</p>
T330 bis T342 (f.)	<p>Ausleihungen (inkl. Vergabe von liquiden Mitteln) und Kreditforderungen (inkl. Darlehen), ohne Cash-Pooling</p> <p>Transaktionen in Ausleihungen und Kreditforderungen beinhalten die Vergabe von Ausleihungen (inkl. liquiden Mitteln) und Krediten (inkl. Darlehen) sowie den Rückfluss aus vergebenen Ausleihungen (inkl. liquiden Mitteln) und Krediten (inkl. Darlehen). Auch Erwerb und Veräußerung von Kreditforderungen fallen hierunter.</p> <p>Ausleihungen und Kredit-/ Darlehensvergabe an Kreditinstitute sind grundsätzlich unter der Position „Bargeld und Einlagen“ auszuweisen (eine Liste aller Kreditinstitute finden Sie auf der Internetseite der Europäischen Zentralbank unter http://www.ecb.europa.eu/stats/financial_corporations/list_of_financial_institutions/html/daily_list-MID.en.html).</p> <p>Ausleihungen und Kreditforderungen entstehen, wenn Gläubiger Mittel an Schuldner entweder direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers gewähren und dies entweder in einem nicht begebaren Titel oder gar nicht verbrieft ist. Ausleihungen sind i.d.R. zu vorab bekannten Terminen zurückzuzahlen. Unerheblich ist, ob für die Auszahlungssumme Zinsen anfallen.</p> <p>Zu den Ausleihungen und Kreditforderungen zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - (geleistete) rückzahlbare Einschusszahlungen im Zusammenhang mit Finanzderivaten (Barsicherheiten), deren Empfänger keine Kreditinstitute sind, - Forderungen aus Finanzierungsleasing und Teilzahlungskauf, - Kredite, die als Sicherheit für die Erfüllung bestimmter Verpflichtungen ausgezahlt werden, - stille Beteiligungen; dagegen sind stille Beteiligungen mit Verlustpartizipation sowie stille Beteiligungen an Kreditinstituten, die nach Basel III und der EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen (Capital Requirements Directive IV) zum harten Kernkapital zählen, als „Anteilsrechte“ auszuweisen, - Leistungen an natürliche Personen, die als Darlehen gewährt werden (z. B. Arbeitgeberdarlehen, Wohnungsbaudarlehen, Sozialdarlehen), - Schuldscheindarlehen von Nicht-Kreditinstituten (Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten sind unter der Position „Bargeld und Einlagen“ auszuweisen), - Einlagen bei institutionellen Einheiten, die keine Kreditinstitute sind und <p>synthetische und strukturierte Kredite (Kredite in Verbindung mit einem nicht separablen bzw. streng konnexen Derivat; Behandlung als Gesamtgeschäft).</p>

Code	Erläuterungstext
noch zu T330 bis T342	<p>Nicht zu den Ausleihungen und Kreditforderungen zählen unter anderem</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sonstige oder weitere Forderungen, einschließlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie aus geleisteten Anzahlungen und Vorschüssen. <p>Guthaben im Rahmen von Cash-Pooling / Einheitskassen (z.B. Landeshauptkasse) / Amtskassen / Cash Concentration; diese sind unter der Position „Cash-Pooling (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse)“ (Code T410 bis T422) anzugeben).</p>
T330	<p>Vergabe von Ausleihungen/liquiden Mitteln und Krediten (inkl. Darlehen) sowie Erwerb von Kreditforderungen</p> <p>Erfasst wird die Summe aller für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals vergebenen Ausleihungen (inkl. liquider Mitteln) und Kredite (inkl. Darlehen) sowie der erworbenen Kreditforderungen.</p>
T331	<p>Vergabe von Ausleihungen/liquiden Mitteln und Krediten (inkl. Darlehen) sowie Erwerb von Kreditforderungen – darunter: gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene</p> <p>Erfasst wird die Summe für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals vergebenen Ausleihungen (inkl. liquiden Mitteln) und Kredite (inkl. Darlehen) an Kern- und Extrahaushalte der eigenen Ebene sowie der erworbenen Kreditforderungen, deren Schuldner Kern- und Extrahaushalte der eigenen Ebene sind.</p> <p><u>Eigene Ebene</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden / Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit der „eigenen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die der gleichen Ebene des Staates angehört wie die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z.B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht:</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T332	<p>Vergabe von Ausleihungen/liquiden Mitteln und Krediten (inkl. Darlehen) sowie Erwerb von Kreditforderungen – darunter: gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen</p> <p>Erfasst wird die Summe für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals vergebenen Ausleihungen (inkl. liquiden Mitteln) und Kredite (inkl. Darlehen) an Kern- und Extrahaushalte anderer Ebenen sowie der erworbenen Kreditforderungen, deren Schuldner Kern- und Extrahaushalte anderer Ebenen sind.</p> <p><u>Andere Ebenen</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit einer „anderen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die einer anderen Ebene des Staates angehört als die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht:</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T340	<p>Rückflüsse aus vergebenen Ausleihungen/liquiden Mitteln und Krediten (inkl. Darlehen) sowie Veräußerung von Kreditforderungen</p> <p>Erfasst wird die Summe für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals erhaltenen Tilgungszahlungen für vergebene Ausleihungen (inkl. liquide Mittel) und Kredite (inkl. Darlehen) – also ohne Zinszahlungen – sowie der Rückflüsse aus der Veräußerung von Kreditforderungen.</p>

Code	Erläuterungstext
T341	<p>Rückflüsse aus vergebenen Ausleihungen/liquiden Mitteln und Krediten (inkl. Darlehen) sowie Veräußerung von Kreditforderungen – darunter: gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene</p> <p>Erfasst wird die Summe für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals erhaltenen Tilgungszahlungen für an Kern- und Extrahaushalte der eigenen Ebene vergebene Ausleihungen (inkl. liquide Mittel) und Kredite (inkl. Darlehen) – also ohne Zinszahlungen – sowie der Rückflüsse aus der Veräußerung von Kreditforderungen, deren Schuldner Kern- und Extrahaushalte der eigenen Ebene sind.</p> <p><u>Eigene Ebene</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit der „eigenen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die der gleichen Ebene des Staates angehört wie die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T342	<p>Rückflüsse aus vergebenen Ausleihungen/liquiden Mitteln und Krediten (inkl. Darlehen) sowie Veräußerung von Kreditforderungen – darunter: gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen</p> <p>Erfasst wird die Summe für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals erhaltenen Tilgungszahlungen für an Kern- und Extrahaushalte anderer Ebenen vergebene Ausleihungen (inkl. liquide Mittel) und Kredite (inkl. Darlehen) – also ohne Zinszahlungen – sowie der Rückflüsse aus der Veräußerung von Kreditforderungen, deren Schuldner Kern- und Extrahaushalte anderer Ebenen sind.</p> <p><u>Andere Ebenen</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit einer „anderen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die einer anderen Ebene des Staates angehört als die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T410 bis T422	<p>Cash-Pooling (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse)</p> <p>Cash-Pooling (auch Liquiditätsverbund genannt) bezeichnet eine Konstellation, in der Einheiten im Rahmen eines Finanzmanagements liquide Mittel zur Verfügung stellen oder auf diese zurückgreifen können. Die Bereitstellung von liquiden Mitteln ist in der Statistik unabhängig von tatsächlichen Liquiditätsbedarfen auszuweisen.</p> <p>Die verwaltende Einheit heißt Cash-Pool-Führer, die teilnehmenden Einheiten heißen Cash-Pool-Einheiten. Um Einheiten handelt es sich dabei jedoch nur, wenn sie eigenständige Berichtsstellen sind.</p> <p>Zu Cash-Pooling zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Liquiditätsverbünde zwischen Kernhaushalten (z.B. Einheitskassen oder Amtskassen), - Liquiditätsverbünde zwischen Kern- und Extrahaushalten sowie sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, - Liquiditätsverbünde, die „Cash Concentration“ praktizieren, - Liquiditätsverbünde über Landeshauptkassen. <p>Nicht zum Forderungsbestand aus Cash-Pooling zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Liquiditätsbeziehungen mit Einheiten, die keine eigenständigen Berichtsstellen sind (innere Darlehen) und - bei Kreditinstituten gehaltene Einlagen von Liquiditätsverbünden (Cash-Pools/Einheitskassen/Amtskassen/Cash Concentration); diese meldet der Cash-Pool-Führer unter „Bargeld und Einlagen“ (Code T110 und/oder T120).

Code	Erläuterungstext
T410, T420	<p>Cash-Pooling (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse) – Forderungsbestände</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Forderungen im Rahmen von Cash-Pools (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse) zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals. Unterschieden wird zwischen Cash-Pool verwaltenden Einheiten, den Cash-Pool-Führern, sowie einfachen Cash-Pool-Teilnehmern, den Cash-Pool-Einheiten.</p> <p>Hat eine Berichtseinheit Beziehungen zu verschiedenen Cash-Pools, unabhängig ob als Cash-Pool-Führer oder als Cash-Pool-Einheit, so hat sie lediglich ihre (positiven) Forderungspositionen aus den verschiedenen Cash-Pools aufzusummieren, um ihren gesamten Forderungsbestand aus Cash-Pooling zu ermitteln. Eine Saldierung mit eventuellen negativen Positionen (Verbindlichkeiten) aus Cash-Pools darf nicht erfolgen.</p> <p>Jede Cash-Pool-Einheit verfügt zum Stichtag über eine Forderungs- oder Verbindlichkeitsposition aus ihrer Teilnahme am Cash-Pool. Diese Forderungs- oder Verbindlichkeitsposition wird ihr gewöhnlich vom Cash-Pool-Führer mitgeteilt oder kann bei diesem in Erfahrung gebracht werden. Eine negative Position entspricht einer Verbindlichkeit gegenüber dem Cash-Pool-Führer und ist in der Schuldenstatistik auszuweisen. Der Ausweis in der vorliegenden Erhebung erfolgt dann mit Null. Eine positive Position entspricht einer Forderung und ist in der vorliegenden Erhebung als Forderungsbestand aus Cash-Pooling auszuweisen.</p> <p>Der Cash-Pool-Führer hält die Forderungs- bzw. Verbindlichkeitspositionen aller Cash-Pool-Einheiten nach. Für den Cash-Pool-Führer umfasst sein Forderungsbestand aus Cash-Pooling die Summe seiner Forderungen gegenüber den Cash-Pool-Einheiten. Der Cash-Pool-Führer darf keine Saldierung mit seinen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Cash-Pool-Einheiten vornehmen. Der Cash-Pool-Führer verwaltet die ihm über den Cash-Pool zugeflossenen Geldmittel. Unabhängig von seinem Forderungsbestand aus Cash-Pooling meldet er diese Geldmittel entsprechend ihrer Anlage, z.B. unter der Position „Bargeld und Einlagen“ (Code T110 und/oder T120), wenn er sie auf einem Bankkonto führt.</p>
T411, T421	<p>Cash-Pooling (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse) – darunter: Forderungsbestände gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Forderungen im Rahmen von Cash-Pools (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse) gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Eigene Ebene</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit der „eigenen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die der gleichen Ebene des Staates angehört wie die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht:</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T412, T422	<p>Cash-Pooling (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse) – darunter: Forderungsbestände gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Forderungen im Rahmen von Cash-Pools (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse) gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Andere Ebenen</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit einer „anderen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die einer anderen Ebene des Staates angehört als die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht:</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>

Code	Erläuterungstext
T530 bis T543	<p>Anteilsrechte (Aktien und Beteiligungen)</p> <p>Transaktionen mit Anteilsrechten umfassen den Erwerb und die Veräußerung von (börsen- sowie nicht-börsennotierten) Aktien und sonstigen Anteilsrechten, die Eigentumsrechte an Unternehmen und Einrichtungen repräsentieren. Mit diesen Forderungen ist in der Regel ein Anspruch auf einen Anteil am Gewinn und am Eigenkapital im Fall der Liquidation verbunden.</p> <p>Zu den Anteilsrechten zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ausgegebene Aktien, Genussscheine und begebene Dividendenaktien, - ausgegebene Vorzugsaktien, deren Inhaber am Liquidationserlös der betreffenden Kapitalgesellschaft beteiligt werden, - Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, bei denen es sich nicht um Aktien handelt: <ul style="list-style-type: none"> o Vermögenseinlagen der persönlich haftenden Gesellschafter am Kapital von Kommanditgesellschaften auf Aktien, o Geschäftsanteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, o Beteiligungen an Personengesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, o Beteiligungen an Genossenschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, - Kapitaleinlagen bei Quasi-Kapitalgesellschaften (insbesondere Bundes-, Landes- und Eigenbetriebe sowie nicht-rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts), die nicht dem Sektor Staat zugerechnet werden (also nicht auf der Liste der Extrahaushalte stehen), - Beteiligungen des Staates am Kapital öffentlicher Unternehmen, deren Kapital nicht in Aktien aufgeteilt ist und die ein besonderes Statut besitzen, das ihnen Rechtspersönlichkeit verleiht, - stille Beteiligungen mit Verlustpartizipation sowie stille Beteiligungen an Kreditinstituten, die nach Basel III und der EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen (Capital Requirements Directive IV) zum harten Kernkapital zählen und - Beteiligungen des Staates am Kapital der Zentralbank. <p>Zu erfassen sind hier ebenfalls Transaktionen aus Eigenkapitalerhöhungen und/oder -herabsetzungen.</p> <p>Nicht zu Anteilsrechten bzw. Transaktionen zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - in Aktien konvertierbare Wandelschuldverschreibungen; diese werden bis zum Zeitpunkt der Umwandlung unter „Wertpapiere (ohne Anteilsrechte/Aktien, Investmentzertifikate und Finanzderivate)“ (Code T230 und/oder T240) gebucht, - Bonusaktien, die durch Umwandlung von Rücklagen an die Aktionäre nach Maßgabe ihres bisherigen Beteiligungsverhältnisses ausgegeben werden. Dieser Vorgang, bei dem sich weder der Wert des gesamten Gesellschaftskapitals noch der dem einzelnen Aktionär hieran zustehende Anspruch ändert, stellt keine finanzielle Transaktion dar und wird im Kontensystem nicht erfasst und - Teilung von Anteilsrechten, z.B. Aktiensplits.
T530	<p>Anteilsrechte (Aktien und Beteiligungen) – Erwerb</p> <p>Erfasst wird der Erwerb von Anteilsrechten für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals zum jeweiligen Transaktionswert.</p>
T533	<p>Anteilsrechte (Aktien und Beteiligungen) – darunter: Erwerb Anteilsrechte an Extrahaushalten</p> <p>Erfasst wird der Erwerb von Anteilsrechten im Eigenkapital von Extrahaushalten der eigenen oder anderer Ebenen für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals zum jeweiligen Transaktionswert.</p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Sie sind getrennt nach den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) geordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht:</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T540	<p>Anteilsrechte (Aktien und Beteiligungen) – Veräußerungen</p> <p>Erfasst wird die Veräußerung von Anteilsrechten für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals zum jeweiligen Transaktionswert.</p>

Code	Erläuterungstext
T543	<p>Anteilsrechte (Aktien und Beteiligungen) – darunter: Veräußerungen Anteilsrechte an Extrahaushalten</p> <p>Erfasst wird die Veräußerung von Anteilsrechten im Eigenkapital von Extrahaushalten der eigenen oder anderer Ebenen für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals zum jeweiligen Transaktionswert.</p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Sie sind getrennt nach den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) geordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T930, T940	<p>Investmentzertifikate (Anteile an Geldmarkt- und Investmentfonds)</p> <p>Investmentzertifikate sind Anteile an Investment- und Geldmarktfonds, deren einziger Unternehmenszweck darin besteht, die aufgenommenen Mittel am Wertpapiermarkt und/oder in Immobilien anzulegen. Die Erfassung der finanziellen Transaktionen mit Investmentzertifikaten erfolgt unabhängig von der Art des Fonds (offen, halboffen oder geschlossen).</p> <p>Erwerb und Veräußerung von Exchange Traded Funds (ETF) sind hier ebenfalls auszuweisen.</p>
T930	<p>Investmentzertifikate (Anteile an Geldmarkt- und Investmentfonds) – Erwerb</p> <p>Erfasst wird der Erwerb von Investmentzertifikaten für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals zum jeweiligen Transaktionswert.</p>
T940	<p>Investmentzertifikate (Anteile an Geldmarkt- und Investmentfonds) – Veräußerung</p> <p>Erfasst wird die Veräußerung oder Rückgabe (auch bei Fälligkeit) von Investmentzertifikaten für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals zum jeweiligen Transaktionswert.</p>
T630, T640	<p>Finanzderivate</p> <p>Finanzderivate sind finanzielle Vermögenswerte, die auf einem anderen Basiswert beruhen oder aus ihm abgeleitet sind. Bei dem einem Finanzderivat zugrundeliegenden Basiswert handelt es sich in der Regel um einen anderen finanziellen Vermögenswert, in bestimmten Fällen jedoch auch um eine Ware oder einen Index.</p> <p>Finanzderivate können Forderungen oder Verbindlichkeiten begründen und diesen Charakter im Zeitablauf wechseln. Aus Vereinfachungsgründen werden daher in dieser Zusatzerhebung Finanzielle Transaktionen in allen Finanzderivaten – unabhängig davon, ob sie als Aktiva oder Passiva geführt werden – erhoben.</p> <p>Bei finanziellen Transaktionen in Finanzderivaten handelt es sich um Transaktionen, die sich direkt aus dem Geschäft mit dem Finanzderivat ergeben und sich nicht auf den dem Finanzderivat zugrundeliegenden Vermögenswert beziehen. Beispiele für finanzielle Transaktionen in Finanzderivaten sind Optionskäufe, Zinszahlungen im Rahmen von Swap- oder Termingeschäften sowie Zahlungsströme, die im Zusammenhang mit der Auflösung eines Finanzderivatekontrakts entstehen.</p> <p>Finanzderivaten werden als bedingte oder unbedingte Termingeschäfte abgeschlossen, wobei eine Vielzahl an Ausgestaltungen unterschieden wird.</p> <p>Dazu zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - handelbare Optionen und Freiverkehrsoptionen (OTC-Optionen), - Optionsscheine, die eine Art von handelbaren Optionen sind, - Forwards und Futures, - Forward Rate Agreements, - (Zins-, Währungs- und Devisen-) Swaps, - Swaptions und - Kreditderivate (Credit Default Swaps). <p>Nicht zu den Finanzderivaten zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der einem Finanzderivat zugrundeliegende Basiswert und - (geleistete) rückzahlbare Einschusszahlungen im Zusammenhang mit Finanzderivaten (Barsicherheiten). Diese sind je nachdem, ob der Verwahrer der Zahlungen ein Kreditinstitut ist oder nicht, unter „Bargeld und Einlagen“ (Code T110 und/oder T120) beziehungsweise unter „Ausleihungen (inkl. Vergabe liquider Mittel) und Kreditforderungen (inkl. Darlehen) (ohne Cash-Pooling)“ (Code T330 bis T342) auszuweisen. <p>Die Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen für Payer- und Receiver-Legs von Swaps ist zulässig und wird nicht als Durchbrechung des Bruttoprinzips betrachtet.</p>

Code	Erläuterungstext
T630	<p>Finanzderivate – Geleistete Zahlungen</p> <p>Erfasst wird die Summe aller für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals geleisteten Zahlungen im Zusammenhang mit Finanzderivaten (Erfassung zum Transaktionswert), unabhängig davon, ob der aktuelle Bar-/Marktwert des Finanzderivats positiv oder negativ ist. Dazu zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erwerb von Finanzderivaten, - geleistete Ausgleichs- oder Nettozahlungen im Zusammenhang mit Swapvereinbarungen, - weitere geleistete Zahlungsströme im Zusammenhang mit Swapvereinbarungen und anderen Termingeschäften, - geleistete Zahlungen bei vorzeitiger Auflösung eines Swaps, - geleistete Einmalzahlungen aus Off-Market Swaps, - geleistete Zahlungen für aufgelöste Off-Market Swaps und - geleistete rechnerische Amortisation (rechnerische „Tilgungszahlungen“) von Off-Market Swaps. <p>Nicht dazu zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zinsen aus den dem Derivat zugrundeliegenden Wertpapieren, Krediten, synthetischen Krediten („streng konnexe Paket-Swaps“) und Kassenverstärkungskrediten
T640	<p>Finanzderivate – Erhaltene Zahlungen</p> <p>Erfasst wird die Summe aller für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals erhaltenen Zahlungen im Zusammenhang mit Finanzderivaten (Erfassung zum Transaktionswert), unabhängig davon, ob der aktuelle Bar-/Marktwert des Finanzderivats positiv oder negativ ist. Dazu zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Veräußerung von Finanzderivaten, - erhaltene Ausgleichs- oder Nettozahlungen im Zusammenhang mit Swapvereinbarungen, - weitere erhaltene Zahlungsströme im Zusammenhang mit Swapvereinbarungen und anderen Termingeschäften, - erhaltene Zahlungen bei vorzeitiger Auflösung eines Swaps, - erhaltene Einmalzahlungen aus Off-Market Swaps, - erhaltene Zahlungen für aufgelöste Off-Market Swaps und - erhaltene rechnerische Amortisation (rechnerische „Tilgungszahlungen“) von Off-Market Swaps. <p>Nicht dazu zählen unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zinsen aus den dem Derivat zugrundeliegenden Wertpapieren, Krediten, synthetischen Krediten (streng konnexe Paket-Swaps) und Kassenverstärkungskrediten.
T710 bis T722 (f.)	<p>Weitere Forderungen (inkl. aus Lieferung und Leistung)</p> <p>Weitere Forderungen entstehen, sobald eine Einnahmen- oder Ausgabenbuchung und die dazugehörige Zahlung zeitlich auseinander fallen. So können Weitere Forderungen zum einen dadurch entstehen, dass eine Einnahme im Rahmen der Statistik nach § 3 FPStatG (Statistik der Ausgaben und Einnahmen) gemeldet wurde, die entsprechende Einzahlung jedoch noch nicht eingegangen ist; zum anderen dadurch, dass eine Zahlung geleistet wurde, die Ausgabe jedoch erst in einer Folgeperiode gemeldet wird.</p> <p>Tatsächliche Auszahlungen ohne gleichzeitige Meldung einer Ausgabe in der Statistik der Ausgaben und Einnahmen oder – im Fall von durchlaufenden Geldern – ohne vorherigen Erhalt der durchzuleitenden Gelder werden in der Regel auf sogenannten Vorschusskonten (außerhalb des Haushalts) gegengebucht. Insbesondere solche Vorschusskonten sind im Rahmen dieser Statistik auf zu erfassende Transaktionen zu prüfen. Dazu kann es kommen, wenn bspw. Gehälter vorausbezahlt werden.</p> <p>Ebenfalls sind Transaktionen in Vorschuss- und Verwehrkonten darauf zu prüfen, ob sie der Gegenbuchung einer zwar grundsätzlich haushalterisch kassenwirksamen und in der Statistik der Ausgaben und Einnahmen bereits gemeldeten Einnahme dienen, für die aber tatsächliche Geldmittel noch nicht zugeflossen sind. In diesem Fall sind sie einzubeziehen. Solche Konten ergeben sich häufig, wenn bspw. der Einzug von Gebühren angewiesen, aber von der Bank noch nicht abgewickelt wurde (Transitkonten oder Schwebeposten).</p> <p>Im Umkehrschluss bedeutet dies: Berichtseinheiten, die in der Statistik der Ausgaben und Einnahmen immer zum Zeitpunkt der tatsächlichen Einzahlung bzw. Auszahlung melden, haben im Rahmen dieser Statistik keine weiteren Forderungen auszuweisen.</p>

Code	Erläuterungstext
noch zu T710 bis T722	<p>Soweit es zu einer der beiden beschriebenen Diskrepanzen zwischen Zahlungsströmen und Meldungen in der Statistik der Ausgaben und Einnahmen kommt, zählen zu den Weiteren Forderungen unter anderem Forderungen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> - vorausbezahlten Gehältern, - vorausbezahlten Gebäudemieten und Pachten sowie gestellte Kautionen, - geleisteten Anzahlungen der Berichtseinheit für noch nicht (gänzlich) gelieferte Waren, Vermögensgegenstände oder erbrachte Dienstleistungen Dritter (sofern dieser Transaktion kein Kreditvertrag zugrunde liegt), - Lieferungen und Leistungen der Berichtseinheit, für die Zahlungen noch ausstehen, aber bereits als Einnahmen verbucht wurden (sofern ihnen kein Kreditvertrag zugrunde liegt) - Kostenvorschüssen, die keine Anzahlungen sind, - Bankverrechnungskonten (Transitkonten, Schwebeposten, schwebender Bankbestand u.ä.), z.B. im Rahmen von Lastschriftverfahren, - vorausbezahlten/zu viel gezahlten Steuern, - vorausgezahlten/zu viel gezahlten Transfer-/Sozialleistungen vorausbezahlten/zu viel gezahlten Sozialbeiträgen und - der Vorausbezahlung von durchzuleitenden Geldern, die zur Durchleitung noch nicht zahlungswirksam zugeflossen sind. <p>Nicht zu den Weiteren Forderungen zählen:</p> <p>Forderungen im Rahmen von Cash-Pooling/Einheitskasse (z.B. Landeshauptkasse) /Amtskasse/Cash Concentration. Diese sind unter der Position „Cash-Pooling (unter anderem Einheitskasse, Landeshauptkasse)“ (Code T410 bis T422) auszuweisen).</p>
T710, T720	<p>Weitere Forderungen (inkl. aus Lieferung und Leistung) – Bestände</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Weiteren Forderungen zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Bestände in Fremdwährungen</u></p> <p>Sofern Bestände auf Fremdwährungen lauten, sind sie zum Durchschnittswchselkurs für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals umzurechnen. Derselbe Durchschnittswchselkurs ist auch unverändert auf den Fremdwährungsbestand des vorherigen Berichtszeitraumes anzuwenden. Auf diese Weise werden Umbewertungen durch Wechselkursänderungen (näherungsweise) eliminiert. Monatliche Durchschnittswchselkurse können Sie auf der Internetseite der Deutschen Bundesbank (https://www.bundesbank.de/de/statistiken/wechselkurse/-/euro-referenzkurse-der-europaeischen-zentralbank-jahres-und-monatsdurchschnitte-649632) abrufen. Öffnen Sie dort die CSV-Datei für die entsprechende Währung. Indem Sie die Durchschnittswchselkurse des abgefragten Berichtszeitraumes addieren und durch dessen Anzahl teilen, errechnen Sie den erforderlichen Durchschnittswchselkurs für den abgefragten Berichtszeitraum.</p>
T711, T721	<p>Weitere Forderungen (inkl. aus Lieferung und Leistung) – darunter: Bestände gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Weiteren Forderungen gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Eigene Ebene</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit der „eigenen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die der gleichen Ebene des Staates angehört wie die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht:</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>

Code	Erläuterungstext
T712, T722	<p>Weitere Forderungen (inkl. aus Lieferung und Leistung) – darunter: Bestände gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Weiteren Forderungen gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Andere Ebenen</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit einer „anderen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die einer anderen Ebene des Staates angehört als die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T810 bis T822	<p>Weitere Verbindlichkeiten (inkl. aus Lieferung und Leistung)</p> <p>Weitere Verbindlichkeiten entstehen, sobald eine Einnahmen- oder Ausgabenbuchung und die dazugehörige Zahlung zeitlich auseinander fallen. So können Weitere Verbindlichkeiten zum einen dadurch entstehen, dass eine Ausgabe gebucht wurde, die entsprechende Auszahlung jedoch noch nicht getätigt wurde; zum anderen dadurch, dass eine Zahlung empfangen wurde, die Einnahme jedoch erst in einer Folgeperiode gemeldet wird.</p> <p>Weitere Verbindlichkeiten umfassen daher insbesondere erhaltene Zahlungen (Verwahrungen), die in der jeweiligen Berichtsperiode nicht als Einnahme im Rahmen der Statistik nach § 3 FPStatG (Statistik der Ausgaben und Einnahmen) gemeldet werden (entweder erfolgt die einnahmewirksame Erfassung erst später oder es handelt sich um empfangene aber noch nicht weitergeleitete durchlaufende Gelder). Einzahlungen ohne gleichzeitige Erfassung einer Einnahme im Haushalt oder – im Fall von durchzuleitenden Geldern – ohne direkte Weiterleitung der durchzuleitenden Gelder werden in der Regel auf sogenannten Verwahrkonten gegengebucht. Insbesondere solche Konten sind im Rahmen dieser Statistik zu berücksichtigen und ergeben sich häufig, wenn Einzahlungen vorliegen, die noch nicht geklärt oder zugeordnet werden konnten.</p> <p>Darüber hinaus sind Transaktionen in Vorschuss- und Verwahrkonten darauf zu prüfen, ob sie der Gegenbuchung einer in der Statistik der Ausgaben und Einnahmen bereits gemeldeten Ausgabe dienen, für die aber Geldmittel noch nicht geleistet wurden. In diesem Fall sind sie einzubeziehen. Solche Konten ergeben sich häufig, wenn bspw. die Bezahlung einer Rechnung bereits angewiesen, aber von der Bank erst später durchgeführt wird (Transitkonten oder Schwebeposten).</p> <p>Soweit es zu einer der beiden beschriebenen Diskrepanzen zwischen Zahlungsströmen und Meldungen in der Statistik der Ausgaben und Einnahmen kommt, zählen zu den Weiteren Verbindlichkeiten unter anderem Verbindlichkeiten aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lieferung und Leistung einschließlich erhaltener Anzahlungen, - Löhnen und Gehältern, Steuerschulden, Mieten, Pachten, - Transitkonten oder Schwebeposten, - erhaltenen Vorauszahlungen für Steuern, Sozialbeiträge, Gebühren, - zu wenig gezahlten Steuern, Sozialbeiträgen, Gebühren und - erhaltenen durchzuleitenden Geldern, die noch nicht weitergeleitet wurden. <p>Nicht zu den Weiteren Verbindlichkeiten zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbindlichkeiten im Rahmen von Cash-Pooling/ Einheitskasse (z. B. Landeshauptkasse)/ Amtskasse/ Cash Concentration. Diese sind in der Schuldenstatistik auszuweisen.
T810, T820	<p>Weitere Verbindlichkeiten (inkl. aus Lieferung und Leistung) – Bestände</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Weiteren Verbindlichkeiten zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Bestände in Fremdwährungen</u></p> <p>Sofern Bestände auf Fremdwährungen lauten, sind sie zum Durchschnittswchselkurs für den Zeitraum vom 01.01. eines Jahres bis zum Ende des zu meldenden Berichtsquartals umzurechnen. Derselbe Durchschnittswchselkurs ist auch unverändert auf den Fremdwährungsbestand des vorherigen Berichtszeitraumes anzuwenden. Auf diese Weise werden Umbewertungen durch Wechselkursänderungen (näherungsweise) eliminiert. Monatliche Durchschnittswchselkurse können Sie auf der Internetseite der Deutschen Bundesbank (https://www.bundesbank.de/de/statistiken/wechselkurse/-/euro-referenzkurse-der-europaeischen-zentralbank-jahres-und-monatsdurchschnitte-649632) abrufen. Öffnen Sie dort die CSV-Datei für die entsprechende Währung. Indem Sie die Durchschnittswchselkurse des abgefragten Berichtszeitraumes addieren und durch dessen Anzahl teilen, errechnen Sie den erforderlichen Durchschnittswchselkurs für den abgefragten Berichtszeitraum.</p>

Code	Erläuterungstext
T811, T821	<p>Weitere Verbindlichkeiten (inkl. aus Lieferung und Leistung) – darunter: Bestände gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Weiteren Verbindlichkeiten gegenüber Kern- und Extrahaushalten der eigenen Ebene zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Eigene Ebene</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit der „eigenen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die der gleichen Ebene des Staates angehört wie die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht:</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>
T812, T822	<p>Weitere Verbindlichkeiten (inkl. aus Lieferung und Leistung) – darunter: Bestände gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen</p> <p>Erfasst wird der Bestand an Weiteren Verbindlichkeiten gegenüber Kern- und Extrahaushalten anderer Ebenen zum Ende des Berichts- bzw. Vorquartals.</p> <p><u>Andere Ebenen</u></p> <p>Der Sektor Staat gliedert sich in die vier Ebenen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung. Eine Transaktion mit einer „anderen Ebene“ ist demnach eine Transaktion mit einer Einheit, die einer anderen Ebene des Staates angehört als die Berichtseinheit. Die Ebenen gelten länderübergreifend, das heißt z. B., dass alle Länder-Kernhaushalte sowie deren Extrahaushalte bundesweit der gleichen Ebene angehören.</p> <p>Die Zugehörigkeit zu einer Ebene ist folgendermaßen zu ermitteln: Die Haushalte der Ebenen Bund, Länder, Gemeinde/Gemeindeverbände und Sozialversicherung gelten als Kernhaushalte dieser Ebenen. Zu den Extrahaushalten jeder Ebene zählen ausschließlich die in der Liste der Extrahaushalte genannten Einheiten. Dort sind sie auch den Ebenen Bund (Teilsektor S1311), Länder (Teilsektor S1312), Gemeinden/Gemeindeverbände (Teilsektor S1313) oder Sozialversicherungen (Teilsektor S1314) zugeordnet.</p> <p>Die Liste der Extrahaushalte sowie eine kurze Definition ist im Internet unter dem Gliederungspunkt „Methodenpapiere“ veröffentlicht:</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Fonds-Einrichtungen-Unternehmen/Methoden/_inhalt.html</p>

Finanzen der öffentlichen Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

KS13/QS13

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹
(öffentliche Rechtsform, z. B. Behörden, Eigenbetriebe, Anstalten
u. Körperschaften und Stiftungen öffentlichen Rechts)

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Erhebung der Finanzen (Erträge/Ist-Einnahmen, Aufwendungen/Ist-Ausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, Entwicklung des Anlagevermögens, Schulden und finanzielle Transaktionen) liefert statistische Informationen, die auch zur effizienten Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene notwendig sind. Die Daten bilden zusammen mit den Ergebnissen der übrigen Finanz- und Personalstatistiken die Grundlage für die umfassende Darstellung des Staatssektors und dienen der Berechnung zentraler volkswirtschaftlicher Kennzahlen. Die Erhebung wird vierteljährlich als Vollerhebung durchgeführt. Stichtag ist jeweils der letzte Tag des Quartals.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 3 Absatz 6 und § 5 Nummer 4 FPStatG. Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 und 2 Nummer 1 Buchstabe b FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Danach sind die Leitungen oder die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zuständigen Stellen dieser Erhebungseinheiten auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 1 BStatG sind Stellen, die Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahrnehmen und bereits standardisierte elektronische Verfahren nutzen, verpflichtet, diese auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu verwenden. Soweit diese Stellen keine standardisierten Verfahren für den Datenaustausch einsetzen, sind elektronische Verfahren nach Absprache mit den statistischen Ämtern zu verwenden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft zur Erhebung freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der erhobenen Einzelangaben richtet sich nach § 16 BStatG.

Hilfsmerkmale, Identnummer, laufende Nummern/Ordnungsnummern, Löschung, Statistikregister

Name und Anschrift des Unternehmens, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. In den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden diese Hilfsmerkmale nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden solange verarbeitet und gespeichert, wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

Ordnungsnummern sind die Kennnummer, die Berichtsstellenummer und die Identnummer. Sie enthalten keine über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehenden Angaben.

- Die verwendete Kennnummer ist eine frei vergebene laufende Nummer für diejenigen Unternehmen und Einrichtungen, die die Angaben der in die Erhebung einbezogenen Berichtsstellen übermitteln. Sie dient der Sicherstellung der rationellen Erhebung und Aufbereitung.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

- Die verwendete Berichtsstellenummer ist eine frei vergebene laufende Nummer. Sie dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Unternehmen sowie der rationellen Aufbereitung.

Diese Ordnungsnummern dürfen zusammen mit der Identifikationsnummer (Identnummer) in der Datenbank Berichtskreismanagement (BKM) gespeichert werden (§ 9a Absatz 2 Nummer 6 FPStatG).

Name und Anschrift des Unternehmens sowie die Identnummer werden für statistische Verwendungszwecke (Unternehmensregister, Statistikregister) gespeichert (§ 13 Absatz 1 BStatG in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Statistikregistergesetz). Die verwendete Identnummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Einheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer. Die Identnummer darf in den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden. Danach wird sie gelöscht.

Finanzen der öffentlichen Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

KS13/QS13

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹ und nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO)² (private Rechtsform, z. B. Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), GmbH, eingetragener Verein, Stiftung privaten Rechts)

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Erhebung der Finanzen (Erträge/Ist-Einnahmen, Aufwendungen/Ist-Ausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, Entwicklung des Anlagevermögens, Schulden und finanzielle Transaktionen) liefert statistische Informationen, die auch zur effizienten Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene notwendig sind. Die Daten bilden zusammen mit den Ergebnissen der übrigen Finanz- und Personalstatistiken die Grundlage für die umfassende Darstellung des Staatssektors und dienen der Berechnung zentraler volkswirtschaftlicher Kennzahlen. Die Erhebung wird vierteljährlich als Vollerhebung durchgeführt. Stichtag ist jeweils der letzte Tag des Quartals.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 3 Absatz 6 und § 5 Nummer 4 FPStatG. Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 und 2 Nummer 1 Buchstabe b FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Danach sind die Leitungen oder die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zuständigen Stellen dieser Erhebungseinheiten auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 2 BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Dies ist auf formlosen Antrag möglich. Die Pflicht, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Erteilen Auskunftspflichtige keine, keine vollständige, keine richtige oder nicht rechtzeitig Auskunft, können sie zur Erteilung der Auskunft mit einem Zwangsgeld nach den Verwaltungsvollstreckungsgesetzen des Bundes und der Länder angehalten werden.

Nach § 23 BStatG handelt darüber hinaus ordnungswidrig, wer

- vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 15 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und 5 Satz 1 BStatG eine Auskunft nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht wahrheitsgemäß erteilt,
- entgegen § 15 Absatz 3 BStatG eine Antwort nicht in der vorgeschriebenen Form erteilt oder
- entgegen § 11a Absatz 2 Satz 1 BStatG ein dort genanntes Verfahren nicht nutzt.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft zur Erhebung freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Geheimhaltung

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen oder wenn die Auskunftgebenden eingewilligt haben, dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

² Die Rechtsakte der EU in der jeweils geltenden Fassung und in deutscher Sprache finden Sie auf der Internetseite des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union unter <https://eur-lex.europa.eu/>.

Eine Übermittlung von Einzelangaben ist grundsätzlich zulässig an:

- öffentliche Stellen und Institutionen innerhalb des statistischen Verbunds, die mit der Durchführung einer Bundes- oder europäischen Statistik betraut sind (z. B. die Statistischen Ämter der Länder, die Deutsche Bundesbank, das Statistische Amt der Europäischen Union [Eurostat]),
- Dienstleister, zu denen ein Auftragsverhältnis besteht (z. B. ITZBund, Rechenzentren der Länder).

Nach § 14 Absatz 1 FPStatG dürfen an die obersten Bundes- und Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen und – soweit Erhebungseinheiten nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 betroffen sind – nur dann, wenn sie nicht in tieferer regionaler Gliederung als auf Regierungsbezirksebene, im Fall der Stadtstaaten auf Bezirksebene aufbereitet sind. Nach § 14 Absatz 3 FPStatG dürfen das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder für ausschließlich kommunalstatistische Zwecke den für statistische Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden oder Gemeindeverbände (Statistikstellen) auf Ersuchen für deren Zuständigkeitsbereich Einzelangaben zu den Erhebungsmerkmalen übermitteln.

Nach § 15 FPStatG dürfen statistische Ergebnisse auch soweit sie auf Zusammenführung von Angaben nach § 13 Absatz 2 FPStatG beruhen sowie Angaben nach § 9a Absatz 3 Nummer 1 FPStatG auf der Ebene der Erhebungseinheit veröffentlicht werden, soweit nicht Erhebungseinheiten nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 FPStatG, die nicht dem Sektor Staat zuzurechnen sind, betroffen sind.

Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben

1. Einzelangaben zu übermitteln, wenn die Einzelangaben so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft den Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können (faktisch anonymisierte Einzelangaben),
2. innerhalb speziell abgesicherter Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder Zugang zu Einzelangaben ohne Name und Anschrift (formal anonymisierte Einzelangaben) zu gewähren, wenn wirksame Vorkehrungen zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Einzelangaben erhalten.

Hilfsmerkmale, Identnummer, laufende Nummern/Ordnungsnummern, Löschung, Statistikregister

Name und Anschrift des Unternehmens, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. In den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden diese Hilfsmerkmale nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden solange verarbeitet und gespeichert, wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

Ordnungsnummern sind die Kennnummer, die Berichtsstellenummer und die Identnummer. Sie enthalten keine über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehenden Angaben.

- Die verwendete Kennnummer ist eine frei vergebene laufende Nummer für diejenigen Unternehmen und Einrichtungen, die die Angaben der in die Erhebung einbezogenen Berichtsstellen übermitteln. Sie dient der Sicherstellung der rationellen Erhebung und Aufbereitung.
- Die verwendete Berichtsstellenummer ist eine frei vergebene laufende Nummer. Sie dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Unternehmen sowie der rationellen Aufbereitung.

Diese Ordnungsnummern dürfen zusammen mit der Identifikationsnummer (Identnummer) in der Datenbank Berichtskreismanagement (BKM) gespeichert werden (§ 9a Absatz 2 Nummer 6 FPStatG).

Name und Anschrift des Unternehmens sowie die Identnummer werden für statistische Verwendungszwecke (Unternehmensregister, Statistikregister) gespeichert (§ 13 Absatz 1 BStatG in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Statistikregistergesetz). Die verwendete Identnummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Einheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer. Die Identnummer darf in den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden. Danach wird sie gelöscht.

Rechte der Betroffenen, Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten, Recht auf Beschwerde

Die Auskunftgebenden, deren personenbezogene Angaben verarbeitet werden, können

- eine Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
- die Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- die Löschung nach Artikel 17 DS-GVO sowie
- die Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO

der jeweils sie betreffenden personenbezogenen Angaben beantragen oder der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Angaben nach Artikel 21 DS-GVO widersprechen.

Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die zuständige öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Die antragstellende Person wird gegebenenfalls aufgefordert, ihre Identität nachzuweisen, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Fragen und Beschwerden über die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen können jederzeit an die behördlichen Datenschutzbeauftragten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder oder an die jeweils zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden gerichtet werden. Deren Kontaktdaten finden Sie unter

<https://www.statistikportal.de/de/datenschutz>.

Finanzen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

KS13/QS13

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹
(öffentliche Rechtsform, z. B. Behörden, Eigenbetriebe, Anstalten
u. Körperschaften und Stiftungen öffentlichen Rechts)

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Erhebung der Finanzen (Erträge/Ist-Einnahmen, Aufwendungen/Ist-Ausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, Entwicklung des Anlagevermögens, Schulden und finanzielle Transaktionen) liefert statistische Informationen, die auch zur effizienten Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene notwendig sind. Die Daten bilden zusammen mit den Ergebnissen der übrigen Finanz- und Personalstatistiken die Grundlage für die umfassende Darstellung des Staatssektors und dienen der Berechnung zentraler volkswirtschaftlicher Kennzahlen. Die Erhebung wird vierteljährlich als Vollerhebung durchgeführt. Stichtag ist jeweils der letzte Tag des Quartals.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 3 Absatz 8 und § 5 Nummer 4 FPStatG. Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 und 2 Nummer 1 Buchstabe d FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Danach sind die Leitungen oder die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zuständigen Stellen oder, soweit die Angaben hier nicht erlangt werden können, die Träger dieser Erhebungseinheiten auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 1 BStatG sind Stellen, die Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahrnehmen und bereits standardisierte elektronische Verfahren nutzen, verpflichtet, diese auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu verwenden. Soweit diese Stellen keine standardisierten Verfahren für den Datenaustausch einsetzen, sind elektronische Verfahren nach Absprache mit den statistischen Ämtern zu verwenden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft zur Erhebung freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der erhobenen Einzelangaben richtet sich nach § 16 BStatG.

Hilfsmerkmale, Identnummer, laufende Nummern/Ordnungsnummern, Löschung, Statistikregister

Name und Anschrift des Unternehmens, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. In den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden diese Hilfsmerkmale nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden solange verarbeitet und gespeichert, wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

Ordnungsnummern sind die Kennnummer, die Berichtsstellennummer und die Identnummer. Sie enthalten keine über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehenden Angaben.

- Die verwendete Kennnummer ist eine frei vergebene laufende Nummer für diejenigen Unternehmen und Einrichtungen, die die Angaben der in die Erhebung einbezogenen Berichtsstellen übermitteln. Sie dient der Sicherstellung der rationellen Erhebung und Aufbereitung.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

- Die verwendete Berichtsstellenummer ist eine frei vergebene laufende Nummer. Sie dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Unternehmen sowie der rationellen Aufbereitung.

Diese Ordnungsnummern dürfen zusammen mit der Identifikationsnummer (Identnummer) in der Datenbank Berichtskreismanagement (BKM) gespeichert werden (§ 9a Absatz 2 Nummer 6 FPStatG).

Name und Anschrift des Unternehmens sowie die Identnummer werden für statistische Verwendungszwecke (Unternehmensregister, Statistikregister) gespeichert (§ 13 Absatz 1 BStatG in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Statistikregistergesetz). Die verwendete Identnummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Einheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer. Die Identnummer darf in den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden. Danach wird sie gelöscht.

Finanzen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

KS13/QS13

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹ und nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO)² (private Rechtsform, z. B. Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), GmbH, eingetragener Verein, Stiftung privaten Rechts)

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Erhebung der Finanzen (Erträge/Ist-Einnahmen, Aufwendungen/Ist-Ausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, Entwicklung des Anlagevermögens, Schulden und finanzielle Transaktionen) liefert statistische Informationen, die auch zur effizienten Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene notwendig sind. Die Daten bilden zusammen mit den Ergebnissen der übrigen Finanz- und Personalstatistiken die Grundlage für die umfassende Darstellung des Staatssektors und dienen der Berechnung zentraler volkswirtschaftlicher Kennzahlen. Die Erhebung wird vierteljährlich als Vollerhebung durchgeführt. Stichtag ist jeweils der letzte Tag des Quartals.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 3 Absatz 8 und § 5 Nummer 4 FPStatG. Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 und 2 Nummer 1 Buchstabe d FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Danach sind die Leitungen oder die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zuständigen Stellen oder, soweit die Angaben hier nicht erlangt werden können, die Träger dieser Erhebungseinheiten auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 2 BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Dies ist auf formlosen Antrag möglich. Die Pflicht, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Erteilen Auskunftspflichtige keine, keine vollständige, keine richtige oder nicht rechtzeitig Auskunft, können sie zur Erteilung der Auskunft mit einem Zwangsgeld nach den Verwaltungsvollstreckungsgesetzen des Bundes und der Länder angehalten werden.

Nach § 23 BStatG handelt darüber hinaus ordnungswidrig, wer

- vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 15 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und 5 Satz 1 BStatG eine Auskunft nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht wahrheitsgemäß erteilt,
- entgegen § 15 Absatz 3 BStatG eine Antwort nicht in der vorgeschriebenen Form erteilt oder
- entgegen § 11a Absatz 2 Satz 1 BStatG ein dort genanntes Verfahren nicht nutzt.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft zur Erhebung freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Geheimhaltung

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen oder wenn die Auskunftgebenden eingewilligt haben, dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

² Die Rechtsakte der EU in der jeweils geltenden Fassung und in deutscher Sprache finden Sie auf der Internetseite des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union unter <https://eur-lex.europa.eu/>.

Eine Übermittlung von Einzelangaben ist grundsätzlich zulässig an:

- öffentliche Stellen und Institutionen innerhalb des statistischen Verbunds, die mit der Durchführung einer Bundes- oder europäischen Statistik betraut sind (z. B. die Statistischen Ämter der Länder, die Deutsche Bundesbank, das Statistische Amt der Europäischen Union [Eurostat]),
- Dienstleister, zu denen ein Auftragsverhältnis besteht (z. B. ITZBund, Rechenzentren der Länder).

Nach § 14 Absatz 1 FPStatG dürfen an die obersten Bundes- und Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen und – soweit Erhebungseinheiten nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 betroffen sind – nur dann, wenn sie nicht in tieferer regionaler Gliederung als auf Regierungsbezirksebene, im Fall der Stadtstaaten auf Bezirksebene aufbereitet sind. Nach § 14 Absatz 3 FPStatG dürfen das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder für ausschließlich kommunalstatistische Zwecke den für statistische Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden oder Gemeindeverbände (Statistikstellen) auf Ersuchen für deren Zuständigkeitsbereich Einzelangaben zu den Erhebungsmerkmalen übermitteln.

Nach § 15 FPStatG dürfen statistische Ergebnisse auch soweit sie auf Zusammenführung von Angaben nach § 13 Absatz 2 FPStatG beruhen sowie Angaben nach § 9a Absatz 3 Nummer 1 FPStatG auf der Ebene der Erhebungseinheit veröffentlicht werden, soweit nicht Erhebungseinheiten nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 FPStatG, die nicht dem Sektor Staat zuzurechnen sind, betroffen sind.

Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben

1. Einzelangaben zu übermitteln, wenn die Einzelangaben so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft den Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können (faktisch anonymisierte Einzelangaben),
2. innerhalb speziell abgesicherter Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder Zugang zu Einzelangaben ohne Name und Anschrift (formal anonymisierte Einzelangaben) zu gewähren, wenn wirksame Vorkehrungen zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Einzelangaben erhalten.

Hilfsmerkmale, Identnummer, laufende Nummern/Ordnungsnummern, Löschung, Statistikregister

Name und Anschrift des Unternehmens, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. In den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden diese Hilfsmerkmale nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden solange verarbeitet und gespeichert, wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

Ordnungsnummern sind die Kennnummer, die Berichtsstellenummer und die Identnummer. Sie enthalten keine über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehenden Angaben.

- Die verwendete Kennnummer ist eine frei vergebene laufende Nummer für diejenigen Unternehmen und Einrichtungen, die die Angaben der in die Erhebung einbezogenen Berichtsstellen übermitteln. Sie dient der Sicherstellung der rationellen Erhebung und Aufbereitung.
- Die verwendete Berichtsstellenummer ist eine frei vergebene laufende Nummer. Sie dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Unternehmen sowie der rationellen Aufbereitung.

Diese Ordnungsnummern dürfen zusammen mit der Identifikationsnummer (Identnummer) in der Datenbank Berichtskreismanagement (BKM) gespeichert werden (§ 9a Absatz 2 Nummer 6 FPStatG).

Name und Anschrift des Unternehmens sowie die Identnummer werden für statistische Verwendungszwecke (Unternehmensregister, Statistikregister) gespeichert (§ 13 Absatz 1 BStatG in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Statistikregistergesetz). Die verwendete Identnummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Einheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer. Die Identnummer darf in den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden. Danach wird sie gelöscht.

Rechte der Betroffenen, Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten, Recht auf Beschwerde

Die Auskunftgebenden, deren personenbezogene Angaben verarbeitet werden, können

- eine Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
- die Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- die Löschung nach Artikel 17 DS-GVO sowie
- die Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO

der jeweils sie betreffenden personenbezogenen Angaben beantragen oder der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Angaben nach Artikel 21 DS-GVO widersprechen.

Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die zuständige öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Die antragstellende Person wird gegebenenfalls aufgefordert, ihre Identität nachzuweisen, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Fragen und Beschwerden über die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen können jederzeit an die behördlichen Datenschutzbeauftragten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder oder an die jeweils zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden gerichtet werden. Deren Kontaktdaten finden Sie unter

<https://www.statistikportal.de/de/datenschutz>.